



IGG

Institut für Gesundheit
und Generationen

**Hochschule
Kempten**

University of Applied Sciences



SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE ZUM STAND DER DEMOKRATIE UND ZUR DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN KEMPTEN

OKTOBER 2025

Impressum

Stadt Kempten
Amt für Integration
Gerberstraße 2
87435 Kempten (Allgäu)

Verfasst von:
Dr. Lisa Fischer
Institut für Gesundheit und Generationen
Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten
Bahnhofstraße 61
87435 Kempten

Der Bericht wurde vom Institut für Gesundheit und Generationen der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten im Auftrag der Stadt Kempten erstellt.

Für Inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Oktober, 2025

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Theorie	3
3. Methodik	7
4. Analyse der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen	9
4.1. Raumkontext	9
4.2. Demokratieskepsis und Extremismusverbreitung	10
4.3. Ursachenanalyse	16
5. Analyse der Ressourcen, Bedarfe und Potenziale	19
5.1. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Zivilgesellschaft	19
5.2. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Kommunalpolitik	25
5.3. Ideen zur Stärkung bestehender lokaler Netzwerke	27
5.4. Bestehende Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie	29
5.5. Potenzielle Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie	30
6. Konkrete Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Kempten	35
7. Zusammenfassung	38
8. Anhang	41

1. Einleitung

Das vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte Bundesprogramm „Demokratie leben!“ verfolgt das Ziel, das zivilgesellschaftliche Miteinander in Deutschland zu fördern, demokratische Werte zu festigen und Erscheinungsformen von Extremismus, Radikalisierung sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Demokratie wird dabei nicht nur als Staatsform verstanden, sondern auch als gelebte Alltagskultur, die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Partizipation und Schutz der Menschenwürde beruht. Ein zentrales Anliegen ist es, demokratische Kompetenzen zu stärken und allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu politischer Mitgestaltung zu ermöglichen. Das Bundesprogramm besteht seit dem Jahr 2015¹. Auf kommunaler Ebene werden im Rahmen der „Partnerschaften für Demokratie“ regionale und lokale Projekte gefördert, die demokratisches Engagement unterstützen, gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und Strukturen schaffen, in denen Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben können. Im aktuellen Förderzeitraum von 2025 bis 2032 beteiligen sich deutschlandweit 333 Städte und Landkreise. Unter dem Motto „Miteinander Kempten gestalten“ ist die Stadt Kempten seit 2021 Teil des Bundesprogramms².

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, eine Situations- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kempten vorzulegen. Dabei wird untersucht, welche konkreten Problemlagen in Bezug auf die Ziele von „Demokratie leben!“ bestehen, wie stark demokratiefeindliche Grundhaltungen vor Ort verankert sind und welche Ursachen es hierfür gibt. Ebenso wird ermittelt, welche Ressourcen bereits vorhanden sind und welche zusätzlich benötigt werden, um auf aktuelle und künftige Herausforderungen wirksam reagieren zu können. Der Bericht fasst in Kapitel 2 zunächst bisherige wissenschaftliche Erkenntnisse zu Demokratiezufriedenheit, politischer Teilhabe und Demokratieförderung zusammen. Es folgt in Kapitel 3 eine Darstellung der eingesetzten wissenschaftlichen Methoden. Als empirische Quellen zur Erstellung dieses Berichts fungieren ein informelles Gespräch mit der örtlichen Polizei, zwei Experteninterviews mit städtischen Ansprechpartnern von „Demokratie leben!“, zwei Workshops mit Verwaltungsmitarbeitenden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kemptener Zivilgesellschaft und zwei Online-Befragungen. Im Rahmen dieser wurden Netzwerkpartner sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Kemptener Sozialarbeit befragt. Die anschließende Situationsanalyse in Kapitel 4 beschreibt Kennzahlen der Stadt Kempten, beleuchtet unter anderem Formen von politisch motivierter Kriminalität und stellt die Erfahrungen von Netzwerkpartnern und Akteuren aus Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit mit Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit dar. Das Kapitel schließt mit einer Ursachenanalyse. In Kapitel 5 werden Ressourcen, Bedarfe und Potenziale der Demokratieförderung identifiziert. Der Fokus liegt dabei auf Akteuren der Zivilgesellschaft, Abteilungen und Stellen innerhalb der Stadtverwaltung sowie dem Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Ergänzend werden bestehende wie auch potenzielle Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie illustriert. Konkrete Handlungsempfehlungen zur Gestaltung der Demokratieförderung in Kempten werden in Kapitel 6 geliefert. Hierfür werden Erkenntnisse aus dem vorliegenden Bericht zusammengefasst, strukturiert und in konkrete Empfehlungen überführt. Die Lösungsansätze umfassen sowohl Möglichkeiten zur Intensivierung der Demokratieförderung als auch Vorschläge zur Ausweitung bestehender Partnerschaften und zur Umsetzung zusätzlicher

¹ <https://www.demokratie-leben.de/>

² <https://miteinander-kempten-gestalten.de/>

Maßnahmen, um die demokratische Kultur vor Ort nachhaltig zu stärken. Kapitel 7 bietet eine abschließende Kurzzusammenfassung des Berichts.

2. Theorie

Um den Zustand einer Demokratie bewerten zu können, gibt es in der politikwissenschaftlichen Forschung diverse Kennzahlen, die herangezogen und verglichen werden, darunter die Wahlbeteiligung, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bevölkerung oder aktive politische Beteiligungsraten beispielsweise im Rahmen von Parteimitgliedschaften. Unabhängig des konkreten Parameters gilt die Annahme, dass ein Mindestmaß an politischer Unterstützung seitens der Bevölkerung unabdingbar ist, um eine intakte Demokratie zu bilden³.

Doch was führt zu politischer Unterstützung? Welche Faktoren begünstigen eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie? Dieses Wissen ist notwendig, wenn die Demokratie im Rahmen von Projekten und Aktionen aktiv gefördert bzw. eine Radikalisierung verhindert werden soll. Im Folgenden soll überblicksartig dargestellt werden, welche Faktoren auf individueller sowie regionaler und überregionaler Ebene auf demokratiestützende bzw. demokratiegefährdende Einstellungen und Handlungen wirken.

Abbildung 1 fasst die in der politikwissenschaftlichen Literatur etablierten Erklärungsfaktoren für demokratiestützende bzw. -gefährdende Einstellungen und Handlungen zusammen. Darunter werden sowohl Einstellungen, wie die Zufriedenheit mit der Demokratie oder das Vertrauen in politische Akteure subsumiert, als auch konkrete Handlungen. Letztere umfassen auch niedrigschwelliges Handeln, wie etwa das Wahlverhalten. Zu diesem zählt sowohl die Entscheidung, überhaupt wählen zu gehen, als auch die tatsächliche Wahl einer bestimmten Partei. Grönlund und Setälä (2007) zeigen im Rahmen einer Analyse von 22 europäischen Staaten, dass sowohl das Vertrauen in das Parlament wie auch die Zufriedenheit mit der Demokratie, die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, erhöhen⁴.

Neben der Teilnahme an Wahlen lassen sich auch stärker proaktive Handlungen als demokratiestützend bzw. demokratiefeindlich erfassen, wie die Mitgliedschaft in politischen Gruppierungen. Konkrete politische Aktionen, wie die Teilnahme an Demonstrationen, fallen außerdem unter diese Kategorie. Ebenso politische Gewalt und nicht gesetzeskonforme Protestaktionen.

Demokratische Einstellungen und demokratisches Handeln sind Parameter, die auf Individualebene gemessen werden. Im Rahmen bisheriger Forschung konnte herausgefunden werden, dass ein höherer sozioökonomischer Status sowie eine starke soziale Einbettung positiv auf Einstellungen und Handeln gegenüber der Demokratie wirken⁵. Daneben spielen aber auch individuelle politische Einstellungen eine wichtige Rolle. In einer Studie zur Wählerschaft der AfD zeigt Lengfeld (2017)⁶, dass sich diese Gruppe vor allem durch mittlere und höhere Einkommen auszeichnet. Eine Modernisierungsverliererthese konnte somit nicht gestützt werden. Diese besagt, dass nicht alle Menschen von gesellschaftlichen

³ Tausendpfund, M. 2021: Zufriedenheit mit der Demokratie, in: Tausendpfund, M. (Hrsg.): Empirische Studien lesen. Einführung in die Praxis der quantitativen Sozialforschung, Springer, Wiesbaden, 13-49.

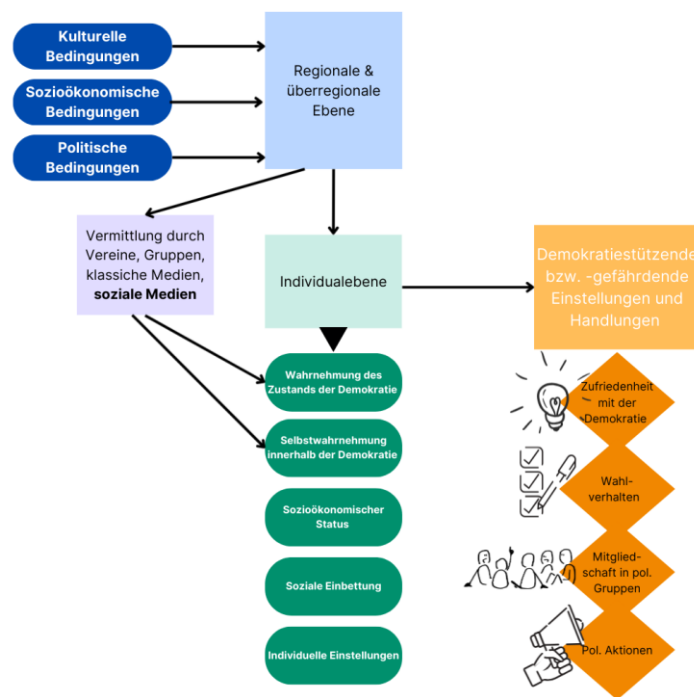
⁴ Grönlund, K. & Setälä, M. 2007: Political Trust, Satisfaction and Voter Turnout, Comparative European Politics, 5(4), 400–422.

⁵ Üblacker, J. & Berg, L. 2020: Räumliche Aspekte rechter Orientierungen, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 17-46.

⁶ Lengfeld, H. 2017: Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69, 209–232.

Modernisierungsprozessen profitieren. Darunter vor allem Personen mit niedriger Bildung und geringen beruflichen Qualifikationen. Diese seien daher anfälliger für Populismus und politischen Extremismus. Dieser Zusammenhang hat sich für die Wählerschaft der AfD jedoch nicht bestätigt. Stattdessen wird angenommen, dass politische Einstellungen wie etwa negative Einstellungen zur Zuwanderung, antimuslimische Haltungen oder Kritik an der Europäischen Union die hohen Wahlerfolge der AfD erklären. Damit einhergehend die Vermutung, dass nicht konkrete Verluste, sondern bereits Verlustängste der Bevölkerung die Wahl extremer Parteien begünstigen⁷. Reinl und Schäfer (2018) belegen mithilfe von Umfragedaten zur Bundestagswahl 2017, dass im Vergleich mit anderen Wählergruppen, die AfD-Wählerschaft den geringsten Grad an Demokratiezufriedenheit aufweist⁸. Eine repräsentative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2023 bestätigt dies. Sie zeigt, dass im Dezember 2023 nur 11 Prozent der AfD-Anhängerschaft mit der Demokratie sehr zufrieden oder zufrieden waren. Bei der Wählerschaft von CDU/CSU waren es 39 Prozent, bei SPD-Anhängern 64 Prozent und bei Wählerinnen und Wählern von Bündnis 90/Die Grünen 66 Prozent⁹. Auch aus einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung geht hervor, dass die Wählerschaft der AfD die geringste Demokratiezufriedenheit aufweist, gefolgt von der Wählerschaft der Partei Die Linke¹⁰.

Abbildung 1: Einflüsse auf demokratische Einstellungen und demokratisches Handeln



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Üblacker & Berg (2020)¹¹

⁷ Dellenbaugh-Losse, M., Homeyer, J., Leser, J. & Pates, R. 2020: Toxische Orte? Faktoren regionaler Anfälligkeit für völkischen Nationalismus, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 47-82.

⁸ https://www.pw-portal.de/index.php?option=com_content&view=article&id=40846:hilft-populistisches-waehlen-gegen-demokratiemuedigkeit&catid=154:metaticker-bundestagswahl-2017

⁹ Pokorny, S. 2023: "Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt...", Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, S. 5., abrufbar unter: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/%E2%80%9EMan%2Bwei%C3%9F%2Bja%2Bnicht%2C%2Bwas%2Bdie%2BZukunft%2Bbringt%E2%80%A6%E2%80%9C.pdf>

¹⁰ Decker et al. 2019: Vertrauen in Demokratie: wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, S. 32, abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf>

¹¹ Üblacker, J. & Berg, L. 2020: Räumliche Aspekte rechter Orientierungen, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 17-46.

Auf Individualebene lassen sich nicht nur Erklärungsmuster des Wahlverhaltens identifizieren, sondern auch Theorien zur Erklärung von konkretem Handeln Einzelner finden in der politikwissenschaftlichen Literatur Beachtung: Zur Beschreibung von rechtsextremer Gewalt lässt sich etwa der Desintegrationsansatz von Heitmeyer und Sitzer (2007) heranziehen¹². Dieser geht davon aus, dass Menschen, die zu eben dieser Gewalt neigen, in einem oder mehreren der drei Gesellschaftsbereiche - (1) ökonomisch-kulturelle Teilhabe, (2) moralische Anerkennung im Sinne rechtlicher Gleichheit und (3) emotionale Anerkennung im Rahmen von sozialen Beziehungen - mangelhaft integriert sind.

Auch die persönliche Wahrnehmung des Zustands der Demokratie und die Selbstwahrnehmung der eigenen Rolle innerhalb dieser wirkt sich auf Einstellungen und Handeln aus¹³. Empirische Ergebnisse zeigen, dass die Demokratiezufriedenheit größer ist, wenn die allgemeine Wirtschaftslage als positiv eingeschätzt wird. Dieser Effekt wirkt stärker als der Effekt der eigenen wirtschaftlichen Lage auf die Zufriedenheit mit der Demokratie¹⁴. Dass die Wahrnehmung wichtiger ist als tatsächliche Zustände, zeigt eine Untersuchung von Abbondanza & Bailo (2018)¹⁵ aus Italien: Nicht die tatsächliche Kriminalitätsrate wirkt sich auf höhere Wahlergebnisse für rechte Parteien aus, sondern nur die wahrgenommene Kriminalität.

Trotz der hohen Relevanz individueller Faktoren wird davon ausgegangen, dass regionale und überregionale Faktoren einen erheblichen Einfluss auf individuelle Bürgerinnen und Bürger haben und somit deren Einstellungen und Handeln prägen. Kulturelle, sozioökonomische und politische Bedingungen in Städten und Kommunen, auf Landes- oder Bundesebene haben einen Effekt auf die Lebenssituation der Menschen. Über mediale Berichterstattung und Informationsvermittlung etwa in den sozialen Medien werden diese Bedingungen auch indirekt an die Bevölkerung gespiegelt.

Forschungsergebnisse von Jäckle & König (2017)¹⁶ belegen einen Effekt regionaler Bedingungen auf das Handeln Einzelner. Sie zeigen etwa, dass eine starke Verankerung rechtsextremer Einstellungen in bestimmten Regionen zu einer höheren Wahrscheinlichkeit für Gewalt an Geflüchteten führt. Wenn solche Gewalttaten in einer Region bereits passiert sind, senkt dies die Hemmschwelle für weitere Taten.

Es wird davon ausgegangen, dass Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie sowie Präventions- und Deradikalisierungsprogramme an unterschiedlichen Stellschrauben ansetzen können, um positive Effekte für die Demokratie zu erzielen. Grundsätzlich kann zur Kategorisierung von demokratiestützenden Projekten, die von Caplan (1964)¹⁷ ursprünglich für den Bereich Psychologie entwickelte Differenzierung zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention angewandt werden¹⁸. Primäre Präventionsprogramme sprechen einen breiten Adressatenkreis an. Darunter fallen allgemeine demokratiefördernde Projekte, ähnlich wie sie häufig im Rahmen der Projektpartnerschaften von „Demokratie leben!“ durchgeführt werden. Sekundäre Präventionsmaßnahmen zielen auf Personen oder Gruppen ab, die ein

¹² <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30250/rechtsextremistische-gewalt-von-jugendlichen/>

¹³ Üblacker, J. & Berg, L. 2020: Räumliche Aspekte rechter Orientierungen, in: Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.): Rechtes Denken. Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, transcript, Bielefeld, 17-46.

¹⁴ Tausendpfund, M. 2021: Zufriedenheit mit der Demokratie, in: Tausendpfund, M. (Hrsg.): Empirische Studien lesen. Einführung in die Praxis der quantitativen Sozialforschung, Springer, Wiesbaden, 13-49.

¹⁵ Abbondanza, G. & Bailo, F. 2018: The electoral payoff of immigration flows for anti-immigration parties: the case of Italy's Lega Nord, European Political Science, 17(3), 378-403.

¹⁶ Jäckle, S. & König, P. D. 2017: The dark side of the German "welcome culture": Investigating the causes behind attacks on refugees in 2015, West European Politics, 40(2), 223-251.

¹⁷ Caplan, G. 1964: Principles of preventive psychiatry, Basic Books, New York.

¹⁸ Armbrorst, A., Biene, J., Coester, M., Greuel, F., Milbradt, B. & Nehlsen, I. 2018: Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-59493-8>

erhöhtes Risiko für demokratiefeindliches oder extremistisches Handeln aufweisen. Tertiäre Programme richten sich an Personen, die bereits durch Extremismus in Erscheinung getreten sind und haben zum Ziel, erneutes extremistisches Handeln zu verhindern und extremistische Einstellungen zu reduzieren.

Eine generelle Stärkung der Zivilgesellschaft kann als primäre Prävention gesehen werden, denn eine intakte Zivilgesellschaft gilt als Basis einer funktionierenden Demokratie. Die Aktivität von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen, Gruppen und Initiativen soll als „Schule der Demokratie“ fungieren, in der Mitbestimmung, Selbstwirksamkeit und das Agieren in demokratischen Strukturen erlebt und erlernt werden¹⁹. In diesem Sinne heißt es im Abschlussbericht des ersten Förderzeitraums von „Demokratie leben!“: *„Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt das aktuelle Bundesprogramm mittels der Partnerschaften für Demokratie stärker als bisher auf die Förderung von vielfältigem zivilgesellschaftlichen Engagement [...]“*²⁰

Neben zivilgesellschaftlichem Engagement gilt auch die Teilhabe an politischen Prozessen im Rahmen von Bürgerbeteiligung als Chance, die lokale Demokratie zu stärken. Darüber hinaus gibt es die Hoffnung, dass dadurch gleichzeitig die Akzeptanz von Vorhaben gestärkt, die Qualität von Entscheidungen verbessert und Raum für Austausch in der Bürgerschaft geboten wird²¹. Problemen der repräsentativen Demokratie wie etwa der Entfremdung zwischen Bürgerschaft und Politikerinnen und Politikern soll damit entgegengewirkt werden.

Eine Studie von Riede, Becker & Alcaide (2020)²² beschäftigt sich mit Potenzialen der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung lokaler Demokratie. Sie zeigen, dass innerhalb von großen und mittelgroßen Städten häufig einzelne Stadtteile und Quartiere durch ein besonderes Demokratiedefizit auffallen. Das Vertrauen in die lokale Politik und die Bereitschaft für politisches Engagement sind dort besonders gering. Die Autorinnen fanden außerdem heraus, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund deutlich seltener politisch aktiv zeigen, als Menschen ohne Migrationshintergrund. Zur Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene fordern sie daher eine aktive Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund sowie von sozial und ökonomisch Benachteiligten. Mithilfe von Selbstwirksamkeitserfahrungen, Beratungen und durch konkrete Unterstützung müssten Empowermentprozesse angestoßen werden, damit sich diese Menschen zur politischen Teilhabe ermutigt fühlen. Die Implementation von niedrighschwelligem Beteiligungsformen wie Stadtteilforen, Dialogveranstaltungen oder innovativen Beteiligungsarten werden empfohlen.

In einer amerikanischen Studie zeigen Einstein, Palmer & Glick (2019)²³, dass an kommunalen Nachbarschafts- und Bürgerforen zum Thema Wohnbau vor allem ältere und männliche Bürger teilnehmen. Auch Menschen, die bereits seit längerem an einem bestimmten Ort wohnen, weisen eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit auf, ebenso Menschen, die selbst ein Haus besitzen. Aus demokratietheoretischer Perspektive kritisieren die Autoren, dass das

¹⁹ Wiesner, C. 2018: Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich, Springer VS, Wiesbaden.

²⁰ Bohn et al. 2019: Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“, Frankfurt, S. 5, abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/resource/blob/252196/4cd04faecf98482a497ed8df9b767af4/fp1-pfd-abschlussbericht-2015-2019-data.pdf>

²¹ Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Wolfgang Metzner Verlag, Berlin.

²² Riede, M., Becker, An. & Alcaide, N. 2020: Potenziale der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung der lokalen Demokratie. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in fünf Quartieren, Bürgergesellschaft, vhw FWS 5, 264-270.

²³ Einstein, K. L., Palmer, M. & Glick, D. 2019: Who Participates in Local Government? Evidence from Meeting Minutes, Perspectives on Politics, 17(1), 28-46.

Aktivierungspotenzial vor allem bei solchen Menschen hoch ist, die sich einen konkreten Nachteil, etwa durch eine Neubausiedlung in ihrer Nähe, erwarten. Die Vorteile solcher Bauprojekte, etwa zusätzliche Wohnfläche oder sinkende Mietpreise, sind in der Bauplanungsphase noch unklar und lassen sich keiner einzelnen Person zuordnen. In Nachbarschafts- und Bürgerforen sind die Profiteure solcher Bauprojekte meist unterrepräsentiert, während die Gegner überproportional vertreten sind. Damit verfehlen Bürgerforen ihren Anspruch, die Interessen der Bürgerschaft niederschwellig, umfassend und fair einzubringen.

Per se ist die mangelnde Repräsentativität bei der Anwendung direktdemokratischer Elemente eine Kritik, die im demokratiethoretischen Diskurs immer wieder auftaucht²⁴. An Bürgerversammlungen, Bürgerräten oder vergleichbaren direktdemokratischen Formaten nehmen mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit Menschen mit einem hohen Bildungsgrad teil sowie Menschen, die sich gut artikulieren können und solche, die zu einem bestimmten Thema eine dezidierte Meinung vertreten. Wer nur eine diffuse Meinung zu einem Thema hat, traut sich dagegen seltener, diese öffentlich kundzutun²⁵. Eine faire Repräsentativität der Bürgerschaft wird so häufig nicht gewährleistet.

Beteiligungsverfahren sind zudem häufig zeit- und kostenintensiv, da Planung, Organisation, Durchführung und Auswertung von Bürgerversammlungen, Workshops oder Online-Plattformen erhebliche Ressourcen erfordern. Zudem kann die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungsprozesse verzögern, was insbesondere bei dringenden oder komplexen Themen problematisch sein kann²⁶. Darüber hinaus spielt das Erwartungsmanagement eine entscheidende Rolle. Werden Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern nicht ernst genommen oder umgesetzt, führt das leicht zu Frustration und Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen²⁷.

Insgesamt zeigt sich, dass Bürgerbeteiligung trotz ihrer vielen Vorteile sorgfältig geplant und umgesetzt werden muss. So lassen sich Risiken wie Verzögerungen, Ungleichgewichte, Populismus oder Vertrauensverluste verringern und Beteiligung kann zu tragfähigeren Entscheidungen führen. In Kapitel 5.5 werden konkrete Beteiligungsformate sowie Ideen, wie deren Ausgestaltung zu mehr Repräsentativität und zu einer tatsächlichen Stärkung der Demokratie führt, vorgestellt.

3. Methodik

Zur Analyse des Stands der Demokratie und der Demokratieförderung in Kempten wird methodisch auf eine Triangulation zurückgegriffen. Damit gemeint ist eine Kombination von verschiedenen Forschungsmethoden und -daten²⁸. Im ersten Schritt wurde zur Einordnung des lokalen Kontexts eine Medien- und Sekundäranalyse durchgeführt. Hierfür wurden statistische Jahrbücher sowie Online-Recherchen etwa zu Wahlergebnissen herangezogen.

²⁴ Fung, A. 2006: Varieties of Participation in Complex Governance, *Public Administration Review*, 66, 66–75.

²⁵ Einstein, K. L., Palmer, M. & Glick, D. 2019: Who Participates in Local Government? Evidence from Meeting Minutes, *Perspectives on Politics*, 17(1), 28-46.

²⁶ BMV 2023: Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor; abrufbar unter: https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile

²⁷ Birzer, M. 2015: So geht Bürgerbeteiligung. Eine Handreichung für die kommunale Praxis, abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/11523.pdf>

²⁸ Müller, J., Neyer, A.-K. & Troll, N. 2018: Triangulation von qualitativen Daten - Transformation zu einer ambidextren Organisation, in: Müller, J. & Raich, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der Qualitativen Forschung, Herausforderungen für die Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialwissenschaften*, Springer, Wiesbaden, 83-102.

Es folgte ein informelles Gespräch mit einem Vertreter der örtlichen Polizei zur Klärung der Ist-Situation, zu Problemen und Herausforderungen im Bereich Extremismus und Radikalisierung. Ein Teil der gestellten Fragen an die Polizei, insbesondere zu den Ursachen von Extremismus und Radikalisierung, wurden von dieser an die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) weitergeleitet. Diese Stelle hat die Fragen schriftlich beantwortet. Experteninterviews mit einer Vertreterin der öffentlichen Verwaltung, die das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ begleitet (IV 1, 12.6.2025) sowie mit einem langjährigen Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle von „Demokratie leben!“ (IV 2, 29.7.2025) ergänzen die Informationen zum vergangenen Programmablauf sowie zu bisherigen Projektpartnern. Die Gespräche wurden jeweils aufgezeichnet, anschließend mithilfe des Programms noScribe transkribiert und ausgewertet. Im Juni 2025 fand an der Hochschule Kempten ein Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung sowie mit einzelnen bisherigen Netzwerkpartnern von „Demokratie leben!“ statt. Dessen Ziel war die Erfassung von Ressourcen, Bedarfen und Potenzialen zur Stärkung der Demokratie in Kempten. Insgesamt haben sieben Personen am zweistündigen Workshop teilgenommen. Konkret wurde folgenden Fragestellungen nachgegangen: (1) *Inwiefern begegnen den Teilnehmenden des Workshops in ihren jeweiligen Tätigkeiten Demokratieskepsis, Demokratiefeindlichkeit oder Extremismus?* (2) *Was machen „gute“ Projekte im Sinne der Demokratieförderung aus? Wie lässt sich Erfolg beschreiben? Wird Erfolg gemessen?* (3) *Wie können Projekte „inklusiv“ gestaltet werden, d.h. erreicht werden, dass die Teilnehmergruppe von Projekten möglichst heterogen ist?* (4) *Was brauchen Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie engagieren, um dies noch besser tun zu können?* (5) *Welche konkreten Ideen gibt es, um die Demokratie vor Ort zu stärken? Gibt es Ideen oder Erfahrungen aus anderen Kommunen?* Die Teilnehmenden des Workshops erstellten Ergebnisplakate. Diese wurden im Anschluss ausgewertet und gehen in den vorliegenden Bericht mit ein.

Zwei quantitative Online-Befragungen ergänzen die bisherige Datensammlung. Zum einen eine Befragung von (1) bereits etablierten lokalen Partnern von „Demokratie leben!“ sowie Vereinen und Organisationen, die sich für die Demokratieförderung in Kempten einsetzen („*Netzwerkbefragung*“). Zum anderen eine Befragung von (2) mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stehenden Verwaltungsbeschäftigten, Stadträtinnen und Stadträten sowie lokalen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern („*Befragung Verwaltung & Politik*“). Mithilfe der Befragungen sollen bisherige Demokratieprojekte beurteilt, die Demokratiezufriedenheit von Kemptenerinnen und Kemptenern bewertet und Ideen zur künftigen Ausrichtung der Demokratieförderung gesammelt werden. Die Fragebögen sind in den Anhängen A1 und A2 am Ende des Berichts einzusehen. Die Befragungen fanden vom 15. Juli bis 28. Juli 2025 statt. Der Link zur Studienteilnahme wurde per Mail von dem für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zuständigen Amt bei der Stadt Kempten an die Zielgruppen verschickt. Entsprechende Stelle verfügte bereits über die nötigen Kontakte. An der *Netzwerkbefragung* nahmen insgesamt 30 Personen teil, an der *Befragung Verwaltung & Politik* 100 Personen.

Ergänzend fließen Ergebnisse aus dem im Rahmen der Demokratiekonferenz Kempten am 10. Juli 2025 stattgefundenen und von der Autorin des vorliegenden Berichts geleiteten Workshop zum Thema „Verbesserung der Resonanz bei Bürgerbeteiligungsformaten in Kempten“ in den vorliegenden Bericht mit ein. Insgesamt nahmen circa 18 Personen teil, darunter unter anderem Vertreterinnen und Vertreter seitens der Kemptener Stadtverwaltung, von Kemptener Vereinen sowie hiesigen Behinderteneinrichtungen.

4. Analyse der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen

Zur Darstellung der Ist-Situation im Bereich Demokratie und Extremismus sowie zum Aufzeigen von Problemen und Herausforderungen, die sich der Stadt Kempten stellen, wird im folgenden Kapitel der Raumkontext der Stadt Kempten beleuchtet. Zudem werden Daten und Einschätzungen zu politisch motivierter Kriminalität geliefert sowie mögliche Ursachen für Demokratieskepsis in Kempten dargelegt.

4.1. Raumkontext

Zur Einordnung des Raumkontexts werden in Tabelle 1 verschiedene Kennzahlen der Stadt Kempten vergleichend dargestellt. Da die freie Kreisstadt im Flächenlandkreis Oberallgäu liegt, wurden die jeweiligen Kennzahlen mit diesem Landkreis verglichen sowie jeweils mit Bayern und dem Bund. Mit insgesamt 72.477 Einwohnern ist die Stadt Kempten die größte Stadt im Allgäu. Gemäß der Bevölkerungsvorausberechnung wird ein weiterer Anstieg der Einwohnerzahl erwartet²⁹. Das BIP³⁰ pro Kopf liegt mit 53.780€ leicht über dem bayerischen und deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote liegt im bayerischen Durchschnitt. Die Ausländerquote liegt mit 19,6 Prozent leicht über dem bayerischen sowie dem bundesdeutschen Durchschnitt. Zur Vergleichbarkeit der Kriminalitätsrate wurden die Straftaten pro Kopf erfasst. Diese Kennzahl fällt in Kempten mit 0,068 etwas höher aus als die Quote für Bayern. Zur Einschätzung der politischen Beteiligungsrate wurde die Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl (BTW) angeführt. Hierbei ergibt sich ein leicht erhöhter Wert im Vergleich zur Bundesrepublik gesamt. Am 2. Mai 2025 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein³¹. Auch wenn diese Einstufung aufgrund eines Eilverfahrens der AfD aktuell ausgesetzt ist, werden Stimmenanteile dieser Partei explizit genannt. Darüber hinaus ist es relevant, die Wahlergebnisse der AfD untenstehend gesondert aufzuführen, da empirische Untersuchungen belegen konnten, dass eben diese Wähler die schlechtesten Werte in Bezug auf Demokratiezufriedenheit aufweisen (vgl. Ausführungen in Kapitel 2). Die AfD konnte in Kempten 20,2 Prozent der Wählerstimmen gewinnen. Dies liegt in etwa auf selbigem Niveau wie das bundesdeutsche Wahlergebnis.

Tabelle 1: Raumkontext Kempten

	<i>Kempten</i>	<i>Oberallgäu</i>	<i>Bayern</i>	<i>Deutschland</i>
<i>Einwohnerzahl (Dez. 2023)</i>	72.477 ³²	159.576 ³³	13,4 Mio. ³⁴	84,7 Mio. ³⁵
<i>BIP pro Kopf (2021) in €</i>	53.778,3 ³⁶	35.292,3 ³⁷	50.642,7 ³⁸	43.272,6 ³⁹

²⁹ https://www.kempten.de/file/Zahlen-Daten-Fakten_Stadt-Kempten_2024-2025.pdf

³⁰ Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) misst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die in Deutschland pro Kopf produziert werden, vgl. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/indikatoren/wirtschaft/bip/>

³¹ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/pressemitteilung-2025-05-02.html>

³² https://www.kempten.de/file/Zahlen-Daten-Fakten_Stadt-Kempten_2024-2025.pdf

³³ https://www.oberallgaeu.org/fileadmin/eigene_dateien/datei_upload/Bev%C3%B6lkerungsstand_30.12.2023.pdf

³⁴ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html>

³⁵ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html>

³⁶ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-9/kreis-9763.html>

³⁷ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-9/kreis-9780.html>

³⁸ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-9.html>

³⁹ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99.html>

Arbeitslosenquote (April 2025)	4% ⁴⁰	2,8% ⁴¹	4% ⁴²	6,3% ⁴³
Ausländerquote (Dez. 2023)	19,6% ⁴⁴	13,1% ⁴⁵	17,6% ⁴⁶	16,4% ⁴⁷
Straftaten (2024)	4.918 ⁴⁸	/	566.652 ⁴⁹	5,8 Mio. ⁵⁰
Straftaten pro Kopf (2024)	0,068	/	0,044	0,07
Wahlbeteiligung (BTW 2025)	84,1% ⁵¹	84,1% ⁵²	84,3% ⁵³	82,5% ⁵⁴
AfD-Stimmenanteil (BTW 2025; Zweitstimme)	20,2% ⁵⁵	17,5% ⁵⁶	19% ⁵⁷	20,8% ⁵⁸

4.2. Demokratieskepsis und Extremismusverbreitung

Um Demokratieskepsis und Extremismus fassbar und vergleichbar zu machen, wird in diesem Kapitel vor allem auf Zahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) zurückgegriffen. Diese lassen sich aus aktuellen Berichten des Bundeskriminalamts bzw. der örtlichen Polizei entnehmen. Die Zahlen werden sowohl für Deutschland dargestellt, als auch separat für Bayern sowie das Gebiet des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West, zu welchem Kempten gehört. Anschließend werden Zahlen und Entwicklungen hinsichtlich politisch motivierter Kriminalität für die Stadt Kempten ergänzt. Letztere stammen aus einem informellen Telefongespräch mit dem örtlichen Polizeipräsidium. Zum Schluss werden noch einzelne Ergebnisse der beiden Online-Befragungen aufgeführt, die Erfahrungen der Befragten mit Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung aufzeigen.

Im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lässt sich eine erhebliche Steigerung von PMK verzeichnen; von insgesamt 60.028 Delikten im Jahr 2023 auf 84.172 Delikte im Jahr 2024, das heißt, eine Steigerung um circa 40 Prozent⁵⁹. Knapp 40 Prozent der PMK-Delikte sind Propagandadelikte. Darunter versteht sich das Verbreiten von Propagandamitteln oder

⁴⁰ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Bayern/09763-Kempten-Allgaeu-Stadt.html>

⁴¹ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Bayern/09780-Oberallgaeu.html>

⁴² <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender/Bayern.html>

⁴³ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb210a.html>

⁴⁴ <https://www.kempten.de/file/2023%20Faktencheck%20final.pdf>

⁴⁵ <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/strukturdaten/bund-99/land-9/wahlkreis-256.html>

⁴⁶ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>

⁴⁷ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender-jahre.html>

⁴⁸ <https://www.merkur.de/bayern/schwaben/kempten-westallgaeu-kreisbote/mehr-gewalt-und-betrugsdelikte-kriminalstatistik-kempten-93697725.html>

⁴⁹ https://www.polizei.bayern.de/mam/kriminaltaet/250321_pks_pressebericht_2024.pdf

⁵⁰ https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024_node.html#:~:text=Gesamtentwicklung%20der%20Straftaten,um%207%2C4%20Prozent%20höher

⁵¹ https://wahlen.osrz-akdb.de/sw-p/763000/0/20250223/bundestagswahl_gemeinde/ergebnisse.html

⁵² <https://bundestagswahl2025.bayern.de/ergebnis/grafik/256.html>

⁵³ <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/btw19/index.html>

⁵⁴ https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html

⁵⁵ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-9/kreis-9763.html>

⁵⁶ <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-9/wahlkreis-256.html>

⁵⁷ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-9.html>

⁵⁸ <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html>

⁵⁹ Bundesministerium des Inneren u. Bundeskriminalamt 2025: Bundesweite Fallzahlen 2024. Politisch motivierte Kriminalität, abrufbar unter:

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html#doc246848bodyText5

das Verwenden von Symbolen verfassungswidriger Organisationen. Die PMK-Gewaltdelikte haben sich von insgesamt 3.561 im Jahr 2023 auf 4.107 im Jahr 2024 ebenfalls erhöht.

Mit einem Blick auf Bayern betont der dortige Verfassungsschutz in seinem Bericht, dass Bayern nach wie vor eines der sichersten Bundesländer sei. Dies zeigt sich daran, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer extremistischen Gewalttat zu werden, hier im bundesweiten Vergleich besonders gering sei.⁶⁰ Dem Spektrum Islamismus werden in Bayern rund 2.730 Personen zugerechnet, darunter etwa 780 Salafisten, von denen 13 Prozent als gewaltorientiert gelten. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf islamistische Einflussnahmen über soziale Medien, die verstärkt jugendliche Zielgruppen ansprechen. Der Bericht führt aus, dass Islamistische Organisationen insbesondere auf jugendaffine Kommunikationsformate setzen, um ihre Propaganda zu verbreiten. Auch Gruppierungen wie die Muslimbruderschaft (circa 110 Personen in Bayern) und die Milli Görüş-Bewegung (circa 1.400 Personen in Bayern) bleiben beobachtungswürdig, wenngleich ihre Einflussnahme derzeit rückläufig ist⁶¹.

Zum rechtsextremistischen Spektrum zählen in Bayern etwa 4.400 Personen, von denen rund ein Drittel als gewaltorientiert eingestuft wird. Hier zeigt sich eine verstärkte Aktivität jugendnaher Netzwerke, sogenannter Active Clubs, die Kampfsporttrainings und Freizeitangebote nutzen, um junge Menschen zu rekrutieren. Der Bericht warnt: „Der organisierte Rechtsextremismus nutzt zunehmend Freizeit- und Sportangebote, um junge Menschen für seine Ideologie zu gewinnen.“⁶² Besonders präsent sind Organisationen wie die Partei „Der Dritte Weg“, ebenso wie Versuche rechtsextremistischer Kreise, Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter stellt nach wie vor ein sicherheitsrelevantes Phänomen dar. In Bayern wird ihr Personenpotenzial auf circa 5.300 geschätzt. Die Subkultur lehnt die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland ab, zeigt ein hohes Gewaltpotenzial und versucht teilweise, eigene Parallelstrukturen aufzubauen. Der Verfassungsschutzbericht beschreibt die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene als zunehmend vernetzt und bereit, gegen staatliche Institutionen Gewalt anzuwenden.⁶³

Linksextremistische Aktivitäten liegen zahlenmäßig deutlich unter denen des Rechtsextremismus, sind jedoch dynamisch. Der Verfassungsschutz in Bayern konstatiert einen leichten Rückgang gewaltorientierter Aktionen, verweist jedoch auf intensive Kampagnen gegen den Staat, die Polizei sowie gegen Veranstaltungen wie die Münchner Sicherheitskonferenz. Besonders auffällig sind die zunehmenden Versuche, junge Menschen über soziale Medien zu mobilisieren. Darüber hinaus warnt der Verfassungsschutz vor zunehmenden hybriden Bedrohungen durch ausländische Nachrichtendienste, insbesondere aus Russland und China. Diese umfassen Desinformationskampagnen, Cyberangriffe sowie Spionageaktivitäten gegen bayerische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatliche Institutionen.⁶⁴

Kempten liegt im Gebiet des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West. Dieses veröffentlicht – ähnlich den Bundes- und Landesberichten – jährlich einen Bericht zu politisch motivierter Kriminalität⁶⁵. Das Präsidiumsgebiet umfasst folgende Landkreise und Städte: Günzburg,

⁶⁰ Verfassungsschutzbericht Bayern; abrufbar unter:

https://www.bige.bayern.de/mam/infos_zu_extremismus/verfassungsschutzbericht_bayern_2024.pdf

⁶¹ S.o.

⁶² S.o., S. 179

⁶³ S.o.

⁶⁴ S.o.

⁶⁵ Polizeipräsidium Schwaben Süd/West 2025: Politisch motivierte Kriminalität, abrufbar unter:

<https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/083591/index.html>

Lindau (Bodensee), Neu-Ulm, Oberallgäu, Ostallgäu und Unterallgäu, sowie die kreisfreien Städte Kaufbeuren, Kempten (Allgäu) und Memmingen - insgesamt 990.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Aus dem Bericht geht hervor, dass im Jahr 2024 im gesamten Gebiet 571 Delikte im Bereich PMK zu verzeichnen waren. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 11,5 Prozent. Die Steigerung lässt sich vor allem auf Straftaten mit der Zuordnung „Rechts“ und „sonstige“ zurückführen. Die PMK-Gewaltdelikte haben sich von insgesamt 28 im Jahr 2023 auf 45 im Jahr 2024 erhöht, darunter Körperverletzungen und Widerstandshandlungen.

Mit einem Fokus auf unterschiedliche Gruppierungen wird im Bericht darauf hingewiesen, dass sich im Gebiet des Präsidiums insgesamt 353 Personen als Reichsbürgerinnen bzw. Reichsbürger identifizieren lassen. Die Zahl der Delikte, die von diesem Personenkreis ausgingen, sank von 39 im Jahr 2023 auf 21 Fälle in 2024, darunter vor allem Nötigungs- und Erpressungsschreiben an Behörden.

Die Hasskriminalität nahm deutlich zu und stieg von 124 auf 161 Fälle (+29,8 Prozent). Davon entfielen 103 Fälle auf PMK „Rechts“, insbesondere in Form von Hasspostings in sozialen Netzwerken oder WhatsApp-Gruppen. Die Aufklärungsquote lag hier bei 70,8 Prozent und war damit leicht niedriger als im Vorjahr.

Im Jahr 2024 waren insgesamt 249 Delikte der Kategorie PMK „Rechts“ und 22 Fälle der Kategorie PMK „Links“ zuzuordnen. Unter Ersteren waren insgesamt 17 Gewaltdelikte. PMK „Links“ umfasste zwei linksmotivierte Körperverletzungen. Unter der Kategorie „ausländische Ideologie“ lassen sich 2024 insgesamt 31 Delikte subsumieren. Inhaltlich ging es hierbei vor allem um den Ukraine- sowie den Nahostkonflikt. Im Phänomenbereich PMK „religiöse Ideologie“ wurden 13 Fälle erfasst, was einem leichten Rückgang gegenüber 2023 (17 Fälle) entspricht. Der Anstieg Ende 2023 stand im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt; die Zahlen stabilisierten sich 2024 wieder.

Zur Kategorie „sonstige Zuordnung“ fallen unter anderem Delikte durch Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, sogenannte Querdenkerinnen und Querdenker sowie sonstige Personengruppen. Mit insgesamt 256 Delikten ist dies die größte Kategorie. Im Zuge der Bauernproteste wurden im Jahr 2024 in Schwaben Süd/West 263 Versammlungen bekannt. In 27 Fällen wurden Ermittlungen wegen politisch motivierter Straftaten eingeleitet, insbesondere wegen Blockadeaktionen in Kempten und Mindelheim. Die Gesamtaufklärungsquote für politisch motivierte Straftaten lag 2024 in Schwaben Süd/West bei 58,14 Prozent und blieb damit nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (58,59 Prozent).

Tabelle 2 zeigt einen Teil der oben genannten Zahlen zusammengefasst und im Vergleich Schwaben Süd/West und Deutschland gesamt. Hierbei fällt auf, dass die Anzahl an PMK-Delikten in Schwaben Süd/West im Verhältnis zur Einwohnerzahl geringer ausfällt als im gesamten Bundesgebiet. Auch die Anzahl der Propagandadelikte ist auf einem niedrigeren Niveau. Bei Hasskriminalität und PMK-Gewaltdelikten lassen sich keine markanten Unterschiede zwischen dem Gebiet des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West und dem gesamten Bundesgebiet festmachen. Die Fallzahlen sind in diesem Bereich zudem zu gering, um valide Differenzen identifizieren zu können.

Tabelle 2: Politisch motivierte Kriminalität, 2024

	Polizeipräsidium Schwaben Süd/West	Deutschland (gesamt)
Anzahl PMK-Delikte	571	84.172
Anzahl PMK-Delikte / Einwohnerzahl	0,06%	0,10%
Propagandadelikte	166	31.229
Propagandadelikte / Einwohnerzahl	0,02%	0,04%
PMK-Gewaltdelikte	45	4.107
PMK-Gewaltdelikte / Einwohnerzahl	0,005%	0,005%
Hasskriminalität	161	21.773
Hasskriminalität / Einwohnerzahl	0,02%	0,03%

Quelle: Bundesministerium des Inneren u. Bundeskriminalamt 2025: Bundesweite Fallzahlen 2024. Politisch motivierte Kriminalität; Polizeipräsidium Schwaben Süd/West 2025: Politisch motivierte Kriminalität.

Im Rahmen eines informellen Gesprächs mit dem Polizeipräsidium Kempten konnten konkrete Informationen und Daten zum Stadtgebiet gewonnen werden. Dabei zeigt sich, dass im Gegensatz zu anderen Städten und Kommunen, wo die Montagsdemonstrationen nach Auslaufen der Corona-Maßnahmen häufig eingestellt wurden, sich diese in Kempten weiterhin stabil halten. Unter den monatlichen Demonstrierenden finden sich, laut Angaben der örtlichen Polizei, sogenannte Querdenker, Corona-Leugner, Impfgegner, Reichsbürger und weitere mit der Demokratie unzufriedene Personen. Laut grober Schätzung der Polizei Kempten finden sich monatlich circa 100 Demonstrierende zusammen. Inhaltlich haben sich die Montagsdemonstrationen immer wieder gewandelt (z. B. von Kritik an Corona-Maßnahmen hin zu Kritik an der Ampel-Regierung und Kritik an Waffenlieferungen an die Ukraine), während die teilnehmenden Personen mehr oder weniger die gleichen bleiben. Üblicherweise findet auch eine Gegendemonstration statt. An dieser beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter aus dem bürgerlich-liberalen und linksorientierten Lager. Seitens der Gegendemonstration finden sich meist ungefähr 20 bis 50 Personen zusammen. Besonders zu erwähnen gilt, dass diese Demonstrationen gewaltfrei ablaufen und keine Straftaten zu verzeichnen sind. Einzelne Demonstrationen fanden in den vergangenen zwei bis drei Jahren im Rahmen des Russland-Ukraine-Konflikts sowie des Israel-Gaza-Konflikts statt. Bei vereinzelt Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt nahmen bis zu 450 Personen teil.

Als Reichsbürgerinnen und Reichsbürger werden mit Stand vom 30. Juni 2025 in Kempten 16 Personen eingestuft. Diese treten vereinzelt durch Straftaten auf, insbesondere mit teilweise strafbaren Schreiben im Behördenkontakt.

Politisch motivierte Straftaten „von Rechts“ haben ebenso in Kempten zugenommen. Seitens der Polizei Kempten wird vermutet, dass eine Sensibilisierung in der Bevölkerung hinsichtlich dieser Tatbestände zu einem erhöhten Anzeigeverhalten geführt hat, was zumindest einen Teil der Steigerung erklärt. Beim Großteil der Straftaten in diesem Bereich handelt es sich um Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte.

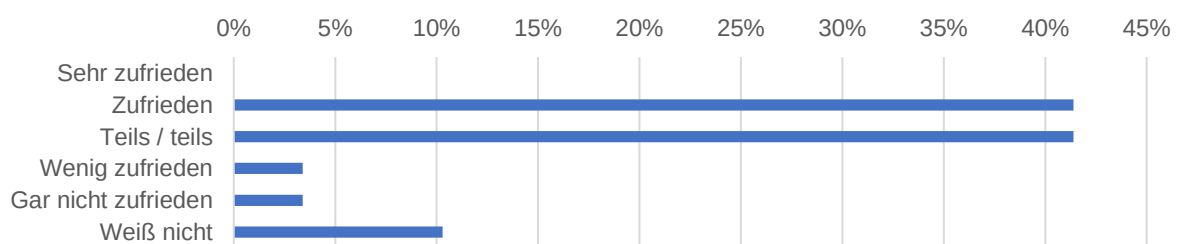
Im Jahr 2023 gab es mit Tatort Kempten insgesamt 17 Fälle, die sich als PMK „Rechts“ im Bereich Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte einordnen lassen. Im Bereich „Ausländische Ideologie“ wurden im Jahr 2023 insgesamt 4 Fälle bekannt. Im Bereich PMK „religiöse Ideologie“ lassen sich für 2023 vier und in 2024 zwei Straftaten für die Stadt Kempten verorten. PMK „Links“ lässt sich für Kempten kaum konkret festhalten. Im Jahr 2023 wurden mit Tatort Kempten zwei Delikte verzeichnet. Schmierereien auf Wahlplakaten sind selten

eindeutig einer politischen Ausrichtung zuzuordnen und werden häufig unter „sonstiger Zuordnung“ subsumiert. Per se bringen Wahlen – wie etwa die 2025 stattgefundene Bundestagswahl – eine Häufung an Straftaten im Bereich PMK mit sich, insbesondere durch das Beschmieren von Wahlplakaten. Eine Straftat gegenüber einer politischen Partei fand im August 2024 statt, als im Büro der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Kempten eine Fensterscheibe eingeworfen wurde⁶⁶.

Im Rahmen des im Juni 2025 in Kempten stattgefundenen Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern von Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung wurde ergänzend nach konkreten Erfahrungen mit Demokratieskepsis, Demokratiefeindlichkeit und Extremismus gefragt. Die Teilnehmenden berichteten unter anderem von einer Wahrnehmung von Wahlmüdigkeit, Misstrauen gegenüber Wahlämtern oder einer Spaltung innerhalb der Gesellschaft. Demokratiefeindliche Äußerungen treten auch in Kommentarspalten in den sozialen Medien oder im Rahmen der (Ehrenamts-) Arbeit auf. Einige der Teilnehmenden des Workshops nehmen insbesondere Rassismus und Diskriminierung als Demokratiefeindlichkeit wahr. Diese Phänomene würden unter anderem im Asylbereich, in Leserbriefen, durch Konflikte in der Jugendarbeit und in Form von konkreter Diskriminierung zum Tragen kommen. Insgesamt konnten alle Beteiligten des Workshops von diversen Erfahrungen mit Demokratieskepsis und -feindlichkeit berichten.

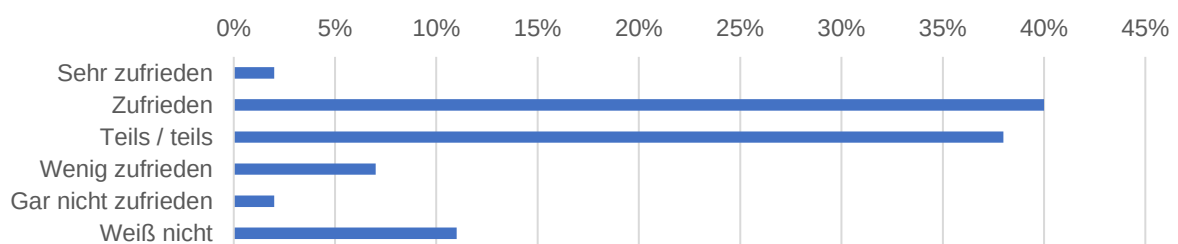
Innerhalb der Online-Befragungen wurde nach der Einschätzung der Demokratiezufriedenheit der Kemptener Bürgerschaft gefragt. Abbildung 2 und Abbildung 3 veranschaulichen hierzu die Antworten. Dabei zeigt sich sowohl bei der *Netzwerkbefragung* als auch bei der *Befragung Verwaltung & Politik* ein ähnliches Bild: Die meisten geben an, dass die Kemptenerinnen und Kemptener mit der Demokratie „zufrieden“ bzw. „teils / teils zufrieden“ sind. Nur ein kleiner Teil hat den Eindruck, dass die Kemptenerinnen und Kemptener „wenig“ oder „gar nicht zufrieden“ mit der Demokratie sind.

Abbildung 2: Einschätzung zur Zufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener mit der Demokratie, Netzwerkbefragung



Hinweis: N= 29

Abbildung 3: Einschätzung zur Zufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener mit der Demokratie, Befragung Verwaltung & Politik

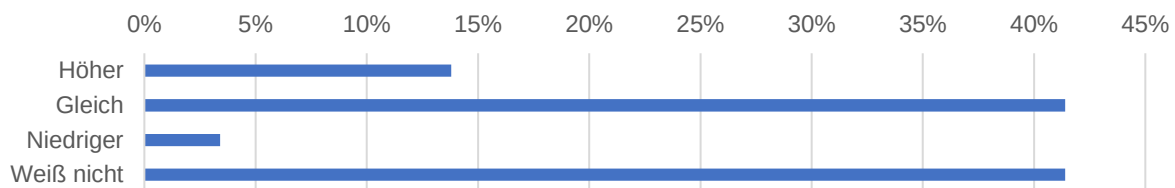


Hinweis: N=100

⁶⁶ <https://www.all-in.de/blaulicht/polizei-kempten-unbekannter-wirft-fensterscheibe-an-parteibuero-der-gruenen-ein-104374660>

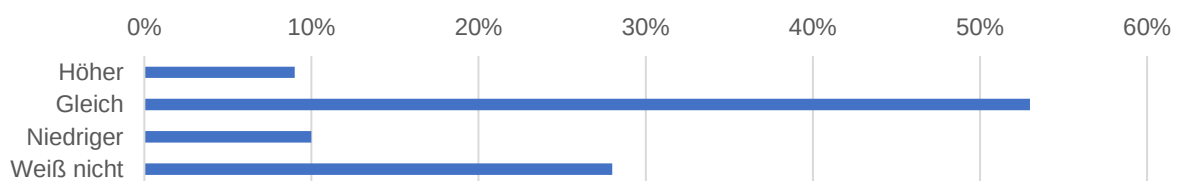
Darüber hinaus wurde gefragt, wie die Zufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen und Landkreisen eingeschätzt wird (vgl. Abbildung 4 und Abbildung 5). Aus der *Netzwerkbefragung* geht hervor, dass knapp 15 Prozent diese als höher einschätzen, etwas mehr als 40 Prozent gehen von einem gleichen Niveau aus. Nur knapp vier Prozent geben an, dass das Zufriedenheitsniveau in Kempten im Vergleich zu anderen geringer ist. Die Einschätzung aus Verwaltung, Politik und Sozialarbeit ist insgesamt leicht skeptischer. Hier sind es knapp unter 10 Prozent, die die Zufriedenheit als höher einschätzen, über 50 Prozent nehmen sie als gleich wahr und 10 Prozent als niedriger.

Abbildung 4: Einschätzung zur Zufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen und Landkreisen, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=29

Abbildung 5: Einschätzung zur Zufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen und Landkreisen, Befragung Verwaltung & Politik

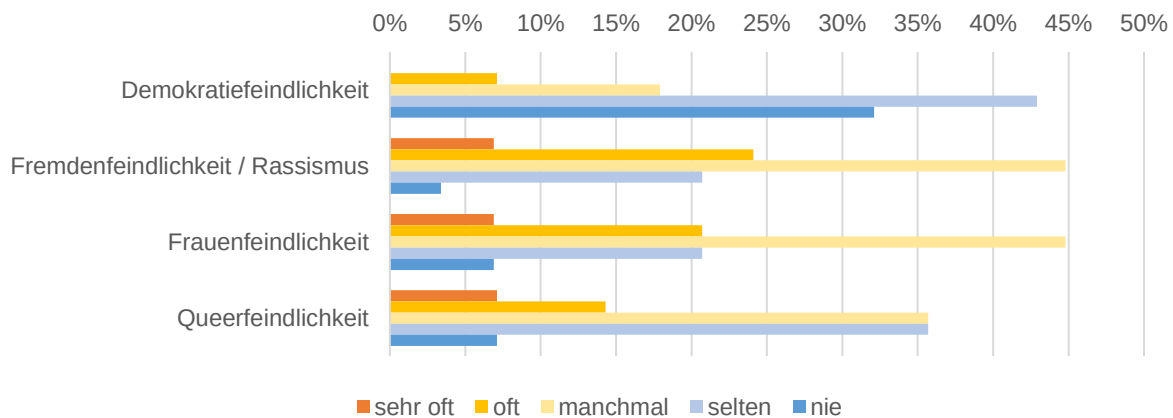


Hinweis: N=100

Nach Schätzung der befragten Netzwerkpartner wird die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Zukunft größer. Circa 82 Prozent der Befragten gehen davon aus. Nur eine teilnehmende Person gab an, dass sie mit einer Verbesserung rechne. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Befragung von Akteuren aus Verwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit: 78,2 Prozent rechnen mit einer zunehmenden Unzufriedenheit.

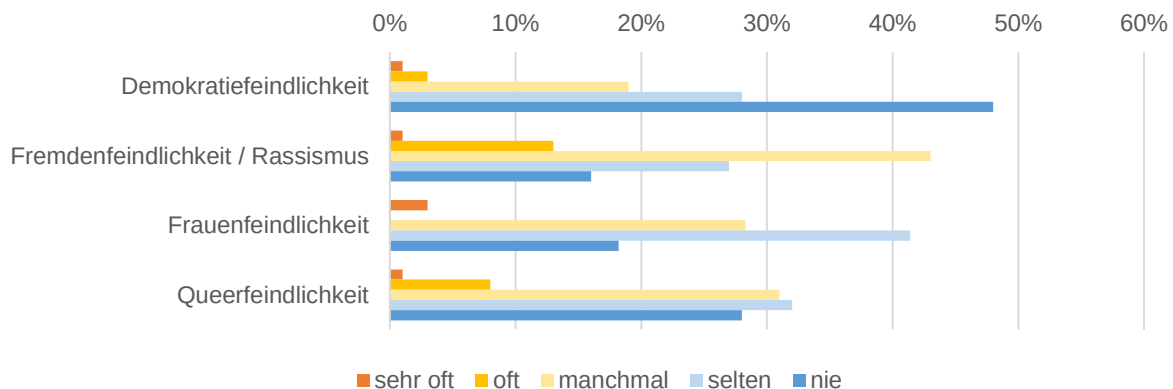
Im Rahmen der Online-Befragungen wurde zudem danach gefragt, wie häufig einem Demokratie-, Fremden-, Frauen- und Queerfeindlichkeit begegnet. Diese vier verschiedenen Dimensionen wurden abgefragt, da innerhalb der Förderrichtlinie von „Demokratie leben“ explizit „[...] die Stärkung der Demokratie sowie die Arbeit gegen jede Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit [...]“ hervorgehoben wird. Abbildung 6 und Abbildung 7 fassen die Ergebnisse zusammen. Es zeigt sich, dass den Netzwerkpartnern häufiger Demokratiefeindlichkeit begegnet als den Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erleben 31 Prozent der befragten Netzwerkpartner „sehr oft“ oder „oft“. Insgesamt knapp 45 Prozent erleben dies „manchmal“. Bei den Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit ist das Niveau etwas geringer: 14 Prozent begegnet Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „sehr oft“ oder „oft“, 43 Prozent „manchmal“.

Abbildung 6: Häufigkeit des Auftretens von Feindlichkeit im Engagement mit Kemptener Bürgerinnen und Bürgern, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=28-29

Abbildung 7: Häufigkeit im Engagement mit Kemptener Bürgerinnen und Bürgern, Befragung Verwaltung & Politik



Hinweis: N=99-100

Wenn den befragten Netzwerkpartnern Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten begegnet, dann vor allem in mündlicher Form (93,3 Prozent). Bei 16,7 Prozent der Befragten passiert dies auch in schriftlicher Weise. Selbiger Anteil erlebt es in Verbindung mit konkreten Handlungen, zum Beispiel Schmierereien. Ähnlich äußern sich die Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit: 84 Prozent erfahren Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten mündlich, 14 Prozent schriftlich.

4.3. Ursachenanalyse

Doch wodurch entstehen Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten? Was bedingt das Auftreten dieser Phänomene? Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den Onlinebefragungen zur Wahrnehmung von Gefahren für die Demokratie aufgezeigt. Zudem lieferte die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)⁶⁷ eine schriftliche Antwort auf Fragen der Autorin des vorliegenden Berichts zu möglichen Ursachen.

⁶⁷ <https://www.bige.bayern.de/>

Bei einer Auswahl an unterschiedlichen Gefahren für die Demokratie, die in der Online-Befragung angegeben wurden, gaben die meisten Netzwerkpartner an, dass das Erstarken populistischer Parteien (76,7 Prozent), der Relevanzzuwachs Sozialer Medien (73,3 Prozent) sowie die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft (73,3 Prozent) die größten Gefahren darstellten. Seitens Stadtverwaltung, Stadtrat und Sozialarbeit wurden ebenfalls die Aspekte Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft (71 Prozent), das Erstarken populistischer Parteien (65 Prozent) sowie der Relevanzzuwachs Sozialer Medien (57 Prozent) als größte Gefahren gesehen. Auch unter den Befragten, die Teil des Stadtrats sind, gaben etwas mehr als die Hälfte an, dass die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft eine der größten Gefahren für die Demokratie sei.

In beiden Onlinebefragungen wurde mittels einer offenen Frage danach gefragt, welche weiteren Gefahren für die Demokratie bestehen. Folgende Aspekte wurden genannt und werden in Abbildung 8 zusammengefasst dargestellt.

Abbildung 8: Gefahren für die Demokratie, zusammengefasste Inhalte aus den beiden Online-Befragungen

1. Gesellschaftliche Spaltung & soziale Ungleichheit

- Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, schrumpfende Mittelschicht, schwindender Wohlstand
- Radikalisierung durch Armut, fehlende Teilhabe und soziale Ausgrenzung
- Verteilungskämpfe um Wohnraum, Sozial- und Gesundheitsleistungen
- Ungleichgewicht zwischen urbanen und ländlichen Lebenswelten

2. Fehlende politische Verantwortung & Transparenz

- Politik „am Bürger vorbei“; Entscheidungen ohne Einbindung der Bevölkerung
- Fehlende Rechenschaftspflicht bei Ministerien und Behörden (z. B. Steuergeldverschwendung)
- Verantwortung wird abgeschoben, mangelnde Selbstkontrolle bei öffentlichen Aussagen (z. B. rassistisch, frauenfeindlich)
- Wahrnehmung von Bevormundung, Verlust des Gefühls „gesehen zu werden“

3. Bildung & Medienkompetenz

- Mangelnde Demokratiebildung und fehlende politische Aufklärung in Schulen
- Keine Kindergarten oder Vorschulpflicht → Sprachprobleme und Bildungsdefizite
- Bedarf an Medienkompetenz als verpflichtendes Schulfach
- Fehlender Bildungszugang für sozial benachteiligte Gruppen
- Vorschläge: Verpflichtendes soziales Jahr oder Wehrpflicht

4. Populismus, Extremismus & Fake News

- Zunahme von Fake News, Falschmeldungen und gezielter Manipulation in sozialen Medien
- Vereinfachende populistische Rhetorik bei komplexen Problemen
- Gefahr des Märtyrer-Effekts durch pauschale Ausgrenzung populistischer Parteien
- Erstarken rechter, extremistischer und antisemitischer Strömungen
- Radikale religiöse Ansichten und deren politische Instrumentalisierung

5. Bürokratie & Institutionen

- Übermäßige Bürokratie und Regulierung → Frust und Vertrauensverlust
- Missverhältnis zwischen Sozialleistungsgewährung und übermäßiger Kontrolle kleiner Betrugsfälle
- Finanzielle Kürzungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung
- Wahrnehmung, dass Verwaltungen handlungsunfähig werden

6. Gesellschaftliche Werte & Zusammenhalt

- Abnahme von Mitgefühl, Empathie und Gemeinsinn
- Individualisierung und Eigeninteressen vor Gemeinwohl
- Polarisierung durch Filterblasen, „Bubbles“ und Rückgang respektvoller Debatten
- Verlust von Respekt vor unterschiedlichen Meinungen
- Werteverfall, abnehmende Aufrichtigkeit, wachsende politische Apathie

7. Weitere globale und strukturelle Entwicklungen

- Klimawandel, Ressourcenknappheit, Migrationsbewegungen und unsicherer politischer Umgang damit
- Big Tech-Monopole und unregulierte KI
- Ungeregelter Kapitalismus und Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens

- Negative Medienberichterstattung verstärkt Angst und Radikalisierung
- Fehlendes Verantwortungsbewusstsein und ethische Orientierung in Politik und Gesellschaft

Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildung stammen von den Teilnehmenden der Online-Befragungen und sind nicht wissenschaftlich geprüfte Inhalte durch die Autorin des Berichts.

Seitens des Bundeskriminalamts wird darauf hingewiesen, dass die Sozialen Medien mit deren Potenzial zu Hass, Hetze und Desinformation eine zentrale Rolle für die steigende Polarisierung und Radikalisierung in Deutschland spielen. Hinzu kommen die Konflikte in Gaza und der Ukraine, die auch hierzulande zu politisch motivierten Straftaten führen. Ebenso gelten wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten sowie gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie als Erklärungsfaktoren für die aktuell gestiegene Unzufriedenheit mit der Demokratie sowie die Verbreitung von Extremismus und Radikalisierung⁶⁸. Zur Analyse der Ursachen von zunehmenden Straftaten im Bereich PMK verwiesen die örtlichen Polizeibeamten auf die BIGE. Diese Stelle beantwortete einzelne Fragen, die ursprünglich an den Vertreter der Polizei geschickt wurden, schriftlich und ergänzt damit die vorliegende Analyse.

„Extremistische Akteure zielen darauf ab, in die Gedanken und Gefühlswelt - insbesondere auch - junger Menschen einzudringen und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei machen sie sich insbesondere die Alltagsherausforderungen und Bedürfnisse junger Menschen zunutze, um diese emotional zu erreichen und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu rekrutieren. Neben dem Ausbau zielgruppenspezifischer Angebote in der realen Welt, haben extremistische Akteure auch ihre medialen Ansprachestrategien in weiten Teilen optimiert. Schon lange haben sie erkannt, dass das Internet und soziale Medien als Kommunikations- und Experimentierfeld im Alltag junger Menschen von zentraler Bedeutung sind und setzen bei der Produktion medialer Inhalte zunehmend auf Professionalisierung. Soziale Netzwerke, Onlineforen aber auch Videoportale bieten beinahe unbegrenzte Möglichkeiten, extremistische Botschaften - auch auf subtile Weise - in Umlauf zu bringen. So können sich bereits hinter vermeintlich harmlosen Unterhaltungselementen, wie beispielsweise der beiläufigen Hintergrundmusik eines Erklärvideos auf TikTok, problematische Inhalte verbergen. Gleichsam üben extremistische Ideologien vor allem auf junge, emotional und sozial nicht gefestigte Menschen eine beträchtliche Anziehungskraft aus.

Mit Blick auf eine in sämtlichen Phänomenbereichen wahrnehmbar zunehmende Konfliktorientierung und Gewaltbereitschaft, erweisen sich die von vielen Extremisten propagierten Bedrohungsvisionen dabei als besonders problematisch. Sie tragen dazu bei, dass junge Menschen dem demokratischen Staat oder auch der Politik im Allgemeinen die Lösungskompetenz absprechen und sich selbst als Teil eines vermeintlichen Widerstandszenarios wännen. Es besteht die Gefahr, dass sich innerhalb digitaler Parallelwelten eine antidemokratische Gegenkultur formiert, die bereit ist, ihren Protest auch durch Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Dabei ist zu befürchten, dass die online kursierenden Szeneinhalte auf einzelne Personen eine ideenstiftende sowie mittel und langfristig auch handlungsleitende Wirkung ausüben und so Radikalisierungsprozesse in Gang setzen oder beschleunigen. Dies gilt nicht zuletzt auch für Personen, die bereits psychopathologische Auffälligkeiten aufweisen. Dennoch finden reine Online-Radikalisierungen eher selten statt. So kommt realweltlichen Kontakten in den meisten Fällen noch immer eine tragende Bedeutung zu.“ (BIGE, Antwort auf Befragung im Juli 2025)

⁶⁸ https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html

Laut Aussage der Polizei Kempten, gibt es über die oben genannten Gründe für den Zuwachs an Extremismus in Deutschland allgemein, keine besonderen räumlichen oder sonstigen Kontexte, die Extremismus in Kempten im Vergleich zu anderen Städten begünstigen würden.

5. Analyse der Ressourcen, Bedarfe und Potenziale

Auch wenn die Situation hinsichtlich konkreter Straftaten im Bereich politisch motivierter Kriminalität in Kempten noch moderat erscheint, so zeigen die Erfahrungen der Teilnehmenden des Workshops und der Online-Befragungen, dass Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit häufig auftreten. Umso wichtiger ist es, die Demokratieförderung aktiv zu unterstützen. Im nachfolgenden Kapitel werden Akteure und Netzwerke aus Zivilgesellschaft und Kommune beleuchtet, die sich für die Förderung der Demokratie in Kempten einsetzen. Insbesondere wird darauf eingegangen, wie diese Akteursgruppen vernetzt sind und was sie benötigen, um sich noch besser engagieren zu können. Zudem sollen sowohl bestehende als auch potenzielle lokale Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie aufgezeigt werden.

5.1. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Zivilgesellschaft

Seit 2021 beteiligt sich die Stadt Kempten am Bundesprojekt „Demokratie leben!“. Mithilfe der zugehörigen Koordinierungs- und Fachstelle sowie diversen Partnerinnen und Partnern aus Verwaltung und Zivilgesellschaft konnte bereits ein aktives und stabiles Netzwerk zur Demokratieförderung in Kempten gebildet werden. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 6 Projekte gefördert, im Jahr 2022 16 Projekte, im Jahr 2023 24 Projekte und im Jahr 2024 21 Projekte. Dabei findet Demokratieförderung nicht nur innerhalb von „Demokratie leben!“ statt, sondern auch außerhalb: Im alltäglichen ebenso wie projektbezogenen Engagement von Kemptener Schulen, Vereinen und Initiativen.

Im Folgenden werden Informationen zu formalen Aspekten des Projektablaufs und der Projektförderung geliefert. Außerdem werden die unterschiedlichen Themen und Träger bisher geförderter Projekte sowie deren Erfolgswahrnehmung und Zielgruppen vorgestellt.

Formale Aspekte der Projektabläufe und -förderung

Um das Bundesprogramm zu bewerben, wurden und werden unterschiedliche Kanäle genutzt, darunter Presseberichte, die eigene Homepage sowie direkte Kontakte der Koordinierungs- und Fachstelle, so die interviewte Vertreterin der öffentlichen Verwaltung, die das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ begleitet (IV 1, 12.6.2025). Beschäftigte der Koordinierungs- und Fachstelle gehen auf mögliche Träger zu, um die Teilnahme zu bewerben. Vor allem zum Start von „Demokratie leben!“ im Jahr 2021 wurde viel Netzwerkarbeit geleistet. Insbesondere wurden auch kleinere Vereine und solche, die nicht per se Demokratie im Namen tragen, darauf aufmerksam gemacht, welche Möglichkeiten der Förderung es gibt (IV 2, 29.7.2025). Insgesamt verfügt das Programm „Demokratie leben!“ über ein Budget von 155.556 €, davon kommen 140.000 € vom Bund und 15.556 € von der Stadt Kempten. Über insgesamt 10.000 € darf die Jugendkommission bestimmen. Insgesamt gilt eine Maximalförderung von 5.000 € pro Einzelprojekt (IV 1, 12.6.2025).

Damit ein Projektantrag im Rahmen von „Demokratie leben!“ die Zustimmung erhält, prüft zuerst die Stadt Kempten, ob formale oder inhaltliche Einwände bestehen. Ist dies nicht der Fall, geht der Antrag an den Begleitausschuss. Etwaige Bedenken seitens der Stadt werden ggf. an den Begleitausschuss herangetragen. Dieser gibt Förderempfehlungen über konkrete Projektanträge. Der Begleitausschuss hatte am 26. Juni 2025 seine letzte Sitzung. Ab Oktober wird ein neues Gremium diese Aufgabe übernehmen. Diese Veränderung ergibt sich durch die Vorgaben des Bundes im Rahmen der neuen Förderperiode. Die Aufgaben des neuen Gremiums werden jedoch sehr vergleichbar zum bisherigen Begleitausschuss sein. Neu ist, dass im neuen Gremium mindestens die Hälfte der Gremiumsmitglieder aus der Zivilgesellschaft kommen sollten.

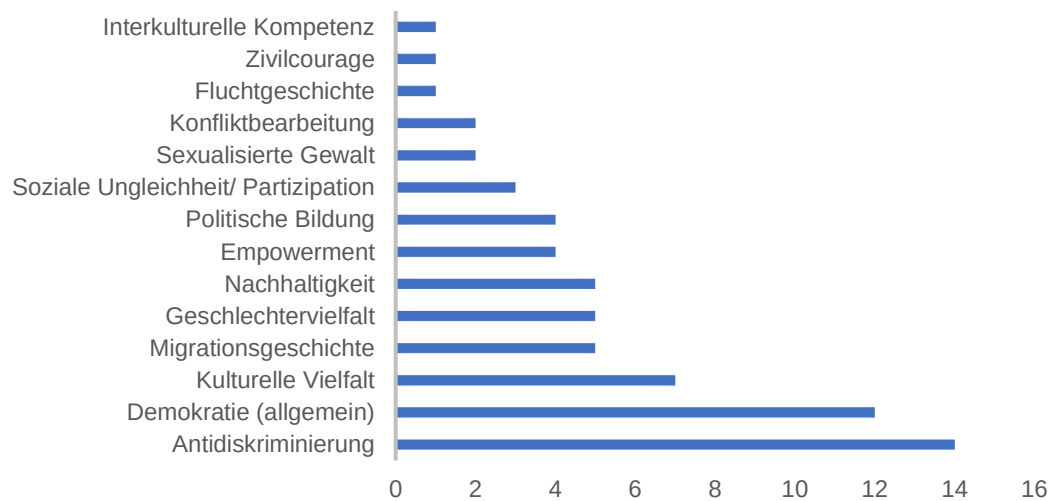
Eine Ausnahmeregelung betrifft Projektanträge mit einem Budget unter 1.000 €, die eine zeitnahe Umsetzung mit sich bringen. Über diese wird nicht im Begleitausschuss verhandelt, es reicht eine Zusage in Absprache von Koordinierungs- und Fachstelle sowie Zuständigen in der Stadtverwaltung. Per se entscheidet die Stadtverwaltung final über Projektanträge (IV 2, 29.7.2025).

Laut Interviewpartnerin erhalten Projektanträge nur in seltenen Fällen eine Absage. Sollte eine Absage erfolgen, kann dies an formalen Aspekten liegen, wie etwa einer zu hoch angesetzten Fördersumme oder auch inhaltlich begründet sein, etwa wenn die Projektanträge zu allgemein formuliert sind. Mit Priorität werden Projekte gefördert, die von Trägern aus Kempten stammen (IV 1, 12.6.2025). Wenn ein Verein oder eine Organisation bereits Mittel aus einem Bundesprogramm erhält, ist eine Förderung durch „Demokratie leben!“ zur Vermeidung von Doppelförderungen ausgeschlossen. Selbiges gilt bei Antragstellern, die eine extremistische Position vertreten, was bisher jedoch noch nicht vorgekommen sei (IV 2, 29.7.2025).

Themen- und Trägervielfalt im Rahmen der von „Demokratie leben!“-geförderten Projekte

Abbildung 9 zeigt auf, in welchen thematischen Bereichen sich bisher geförderte Projekte von „Demokratie leben!“ in Kempten inhaltlich verorten lassen. Insbesondere in den Bereichen „Anti-Diskriminierung“ und der Rubrik „Demokratie (allgemein)“ fanden bisher viele Projekte statt.

Abbildung 9: Thematische Zuordnung von bisher geförderten Projekten von „Demokratie leben!“ in Kempten, 2021-2024



Quelle: Eigene Darstellung; Inhalte aus Projektrückblick, abrufbar unter: https://miteinander-kempten-gestalten.de/wp-content/uploads/2024/11/Projektueckblick-2021-2024-Final-A5_compressed.pdf

In der Förderphase von 2021 bis 2024 traten insgesamt 34 verschiedene Organisationen als Projektträger auf, darunter Vereine, Schulen und soziale Träger. Besonders stark vertreten waren etwa der Sozialdienst Muslimischer Frauen e.V. mit insgesamt sieben Projekten, die Volkshochschule Kempten mit auch sieben Projekten, der Verein Lollipop Kempten e.V. mit fünf Projekten sowie der Stadtjugendring mit vier Projekten. Insgesamt sieben geförderte Projekte fanden an Kemptener Schulen statt. Die Mehrheit der teilnehmenden Organisationen hat bislang einmalig am Projekt mitgewirkt.

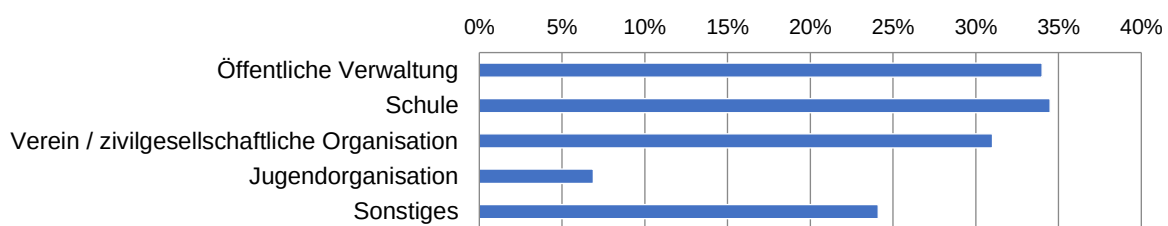
Aus dem Experteninterview mit einem langjährigen Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle (IV 2, 29.7.2025) geht hervor, dass vor allem zum Start von „Demokratie leben!“ in Kempten im Jahr 2021 solche Projektträger Anträge gestellt haben, die bereits über eine gute Infrastruktur und notwendiges Wissen verfügt haben. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt bereits Projektideen bestanden, wurden diese Ideen teils inhaltlich so ergänzt, dass eine Förderung über „Demokratie leben!“ möglich wurde. Das Gesamtinteresse an „Demokratie leben!“ seitens der Kemptenerinnen und Kemptener und deren Vereine und Organisationen wird von Anfang an als groß beschrieben. Das politische Spektrum der Teilnehmenden sei relativ breit – so der Interviewpartner (IV 2, 29.7.2025). Zwar stellten progressive Akteure die Mehrzahl der Antragstellenden, doch hätten ebenso als konservativ bzw. liberal eingeschätzte Akteure Projekte umgesetzt, darunter etwa Kirchen. Bisher kaum engagiert wären Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Hier gab es wohl nur sehr vereinzelt Projekte. Nicht fehlendes Interesse, sondern Zeitknappheit und ein hohes Arbeitspensum unter Ehrenamtlichen wird als ein Grund gesehen, warum diese Zielgruppe bisher kaum Projektanträge gestellt habe. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass die muslimische Gemeinschaft zwar teils über das große Engagement des Sozialdienstes muslimischer Frauen abgedeckt würde, dass ansonsten aber keine muslimischen Gruppen Anträge gestellt hätten. Die Kirchen seien über unterschiedliche Organisationen (z. B. Caritas, Diakonie, kleine kirchliche Vereine) recht gut vertreten. Laut Einschätzung des langjährigen Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle waren die bisherigen Projekte im Rahmen von „Demokratie leben!“ thematisch breit gefächert und deckten diverse Themen ab. Potenzial sieht er bei Projekten, die den interreligiösen Austausch und die Begegnungen von Menschen unterschiedlichster Herkunft fördern. Er ergänzt: *„Und eine Sache vielleicht noch, was*

tatsächlich [das Ziel sein sollte]: Tatsächlich Demokratieskeptiker*innen zu erreichen.“ (IV 2, 29.7.2025)

Aus dem Experteninterview mit einer Vertreterin der Stadt Kempten (IV 1, 12.6.2025), die das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ begleitet, geht hervor, dass neben den Organisationen, deren Projekte bereits aktiv im Rahmen von „Demokratie leben!“ gefördert wurden, sich eine Vielzahl von weiteren Organisationen, Vereinen und Schulen für Demokratie einsetzt und dem Thema offen gegenübersteht. Sie nehmen teils auch an den jährlich in Kempten stattfindenden Demokratiekonferenzen teil. Im Hinblick auf die inhaltliche Vielfalt der bisherigen Demokratieprojekte, erläutert die Vertreterin der Stadt, dass viele Projekte inhaltlich im Bereich Integration angesiedelt und häufig sehr zielgruppenspezifisch formuliert seien. Es fehlten gegebenenfalls Projekte, die stärker die Gesamtbevölkerung ansprächen.

Im Folgenden werden ergänzend Ergebnisse aus der Online-Befragung der Netzwerkpartner dargestellt. Knapp 40 Prozent der Befragten gaben an, bereits mehr als vier Projekte zur Demokratieförderung umgesetzt zu haben. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten haben diese Projekte außerhalb von „Demokratie leben!“ durchgeführt. Abbildung 10 zeigt auf, wie sich die Teilnehmenden der *Netzwerkbefragung* hinsichtlich ihrer Trägerschaft einordnen lassen.

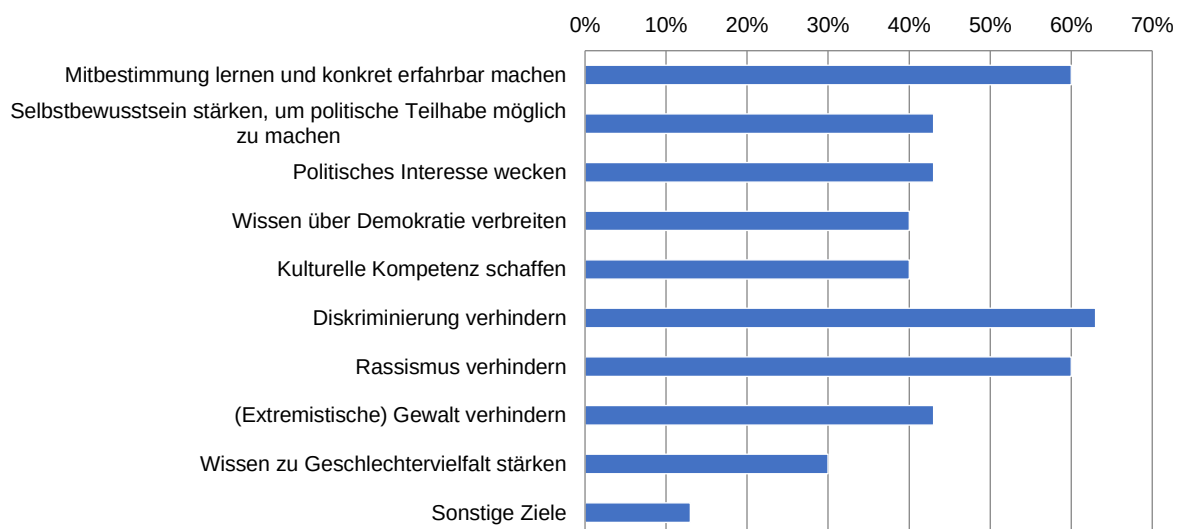
Abbildung 10: Einordnung der Teilnehmenden an der Netzwerkbefragung



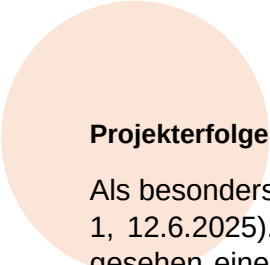
Hinweis: N= 29

Die Netzwerkpartner wurden zudem danach gefragt, welche konkreten Ziele ihre bisherigen Projekte im Rahmen der Demokratieförderung verfolgt haben. Abbildung 11 fasst diese zusammen.

Abbildung 11: Ziele der demokratiefördernden Projekte, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=30



Projekterfolge und Zielgruppen

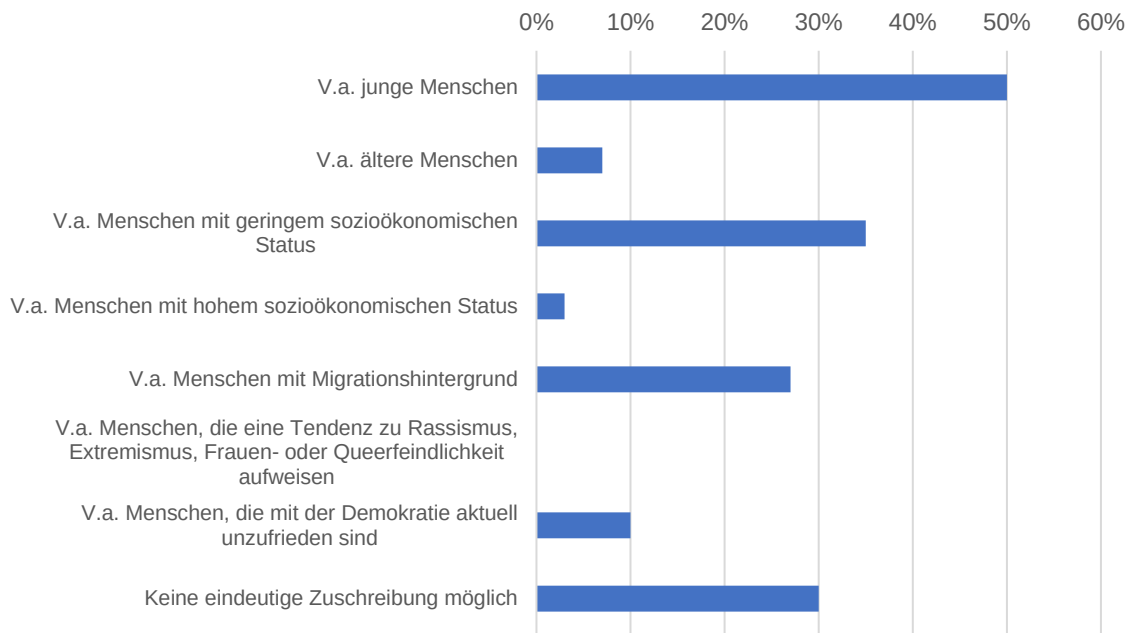
Als besonders wirkungsvoll gelten Projekte die etwa an den Schulen stattgefunden haben (IV 1, 12.6.2025). Aber auch Projekte, die nur eine kleine Zielgruppe hatten, können für sich gesehen eine große Wirkung erzielen. Per se würde - so die Interviewpartnerin - versucht, sowohl Projekte für einzelne kleine Zielgruppen, als auch für die Gesamtbevölkerung mit einer größeren Öffentlichkeit zu fördern. Im Interview mit dem Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle wurde ergänzt: *„Ich fand [...] die Projekte besonders erfolgreich im Nachhinein, in denen es gelungen ist, Menschen unterschiedlichen Milieus zusammenzubringen. Und [...] Projekte, auf [denen] vielleicht gar nicht explizit ‚Demokratie‘ oder ‚Demokratiebildung‘ draufsteht, sondern [bei denen] man erst bei den Bedürfnissen der Menschen ansetzt, den Alltagsbedürfnissen. Und dann dadurch bemerkt, auch wenn man sehr unterschiedliche Alltagsrealitäten hat, dass man ganz viele Gemeinsamkeiten hat [...] [und realisiert]: ‚Okay, [...] die Demokratie und die offene Gesellschaft gibt den Rahmen, damit wir über diese Gemeinsamkeiten diskutieren und über unsere Unterschiede auch streiten können‘.* (IV 2, 29.7.2025)“

Auch im Rahmen des im Juni stattgefundenen Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadt und Zivilgesellschaft wurde nach Bewertungskriterien für „gute“ Projekte gefragt. Dabei wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass es eine Balance zwischen Niedrigschwelligkeit und Wirkungsgrad, direkte Begegnungen und klare Werte der Projektorganisatoren braucht. Weitere Details zur Frage des Projekterfolgs sind im Anhang A3 zu finden.

Im Rahmen der *Netzwerkbefragung* wurde danach gefragt, wie viele Kemptenerinnen und Kemptener über die unterschiedlichen Demokratieprojekte hinweg erreicht wurden. Insgesamt 18,5 Prozent der Befragten gab an, dass mit ihren Projekten eine bis 20 Personen erreicht wurden. Ein Drittel der Befragten gab an, dass zwischen 21 und 60 Personen beteiligt waren. Knapp 26 Prozent berichteten von 61 bis 500 Beteiligten. Bei 22 Prozent der befragten Organisationen nahmen mehr als 500 Personen an deren Demokratieprojekten teil. So eine große Zahl an Menschen wurde vor allem bei Schulprojekten erreicht.

Darüber hinaus wurde nach Charakteristika der an den Demokratieprojekten Teilhabenden gefragt. Abbildung 12 zeigt auf, dass bei 50 Prozent der Projekte vor allem junge Menschen teilgenommen haben. Bei knapp 40 Prozent der Projekte wurden Menschen mit geringem sozioökonomischem Status angesprochen. Ein Projekt, das speziell Menschen, die eine Tendenz zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit aufweisen anspricht, fand nicht statt.

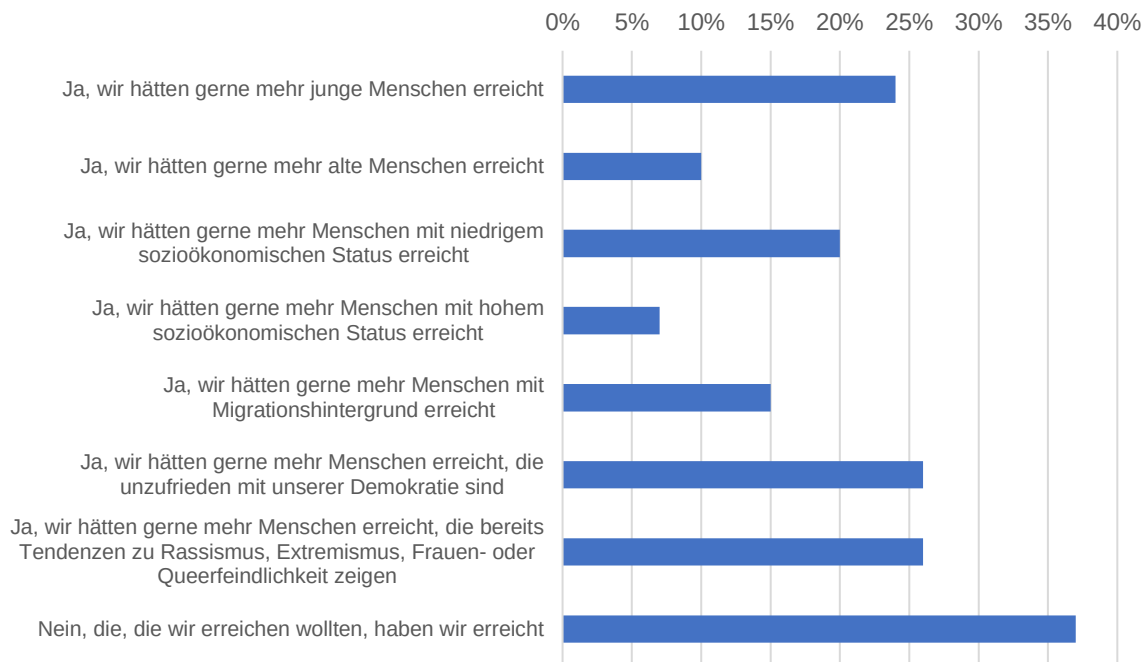
Abbildung 12: Charakteristika bisheriger Zielgruppen, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=30

Gefragt nach Kritik oder sogar Gewalt (-androhungen) bei der Projektumsetzung geben fünf der insgesamt dreißig Teilnehmenden der Online-Befragung an, Kritik erlebt zu haben, einmal wurde sogar eine Gewaltandrohung erlebt. Mit 24 Befragten hat die überwiegende Mehrheit jedoch keine Kritik oder Gewalt erlebt. Knapp 67 Prozent der Befragten beschreiben ihr Projekt bzw. ihre Projekte zur Demokratieförderung als „sehr erfolgreich“ bzw. „erfolgreich“. Knapp 30 Prozent votierten für „teils / teils (je nach Projekt)“. Darüber hinaus haben knapp 70 Prozent der Befragten auch Feedback der Projektteilnehmenden eingeholt. Knapp 80 Prozent von diesen teilen mit, dass die Teilnehmenden sehr zufrieden oder zufrieden mit dem Projekt waren. Abbildung 13 zeigt auf, inwiefern die Projektorganisatoren selbst mit den Personengruppen, die sie erreicht haben, zufrieden waren. Dabei zeigt sich, dass seitens der Netzwerkpartner durchaus der Wunsch da ist, mehr Menschen zu erreichen, die unzufrieden mit der Demokratie sind oder bereits Tendenzen zu Rassismus, Extremismus oder Frauen- und Queerfeindlichkeit aufweisen. In bisherigen Projekten ist dies noch nicht gelungen. Über 35 Prozent der Beteiligten geben aber an, dass sie mit ihren Projekten die Personen erreicht haben, die sie erreichen wollten.

Abbildung 13: Unzufriedenheit mit erreichten Zielgruppen, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=30

5.2. Demokratiefördernde Akteure und Netzwerke in der Kommunalpolitik

Auch innerhalb der Stadtverwaltung sowie der Stadtpolitik Kempten gibt es ein großes Engagement im Einsatz für die Demokratie. Im Folgenden werden Verwaltungseinheiten präsentiert, die in diesem Bereich besonders aktiv sind. Des Weiteren wird aufgezeigt, wie die Akteure aus Verwaltung, Politik und Sozialarbeit ihr eigenes Potenzial zur Demokratieförderung wahrnehmen und wie sie Projekte zur Demokratieförderung einschätzen.

Aus dem Experteninterview mit einer Vertreterin der öffentlichen Verwaltung der Stadt Kempten geht hervor, dass sich viele unterschiedliche Akteure innerhalb der Stadt Kempten im Bereich Demokratie engagieren (IV 1, 12.6.2025). Das Amt für Integration sei als federführendes Amt für das Programm „Demokratie leben!“ insgesamt stark in der Demokratieförderung aktiv. Auch das Amt für Jugendarbeit, das Kulturamt, die Stabstelle Klimaschutz, die Gleichstellungsstelle, die Kommunale Inklusionsbeauftragte sowie das Büro des Oberbürgermeisters stünden in enger Vernetzung mit dem federführenden Amt und wirken bei der Demokratieförderung mit. Der Austausch zwischen diesen Stellen zum Thema Demokratie finde nicht fix zu bestimmten Terminen statt, sondern vor allem situativ und anlassbezogen (IV 1, 12.6.2025).

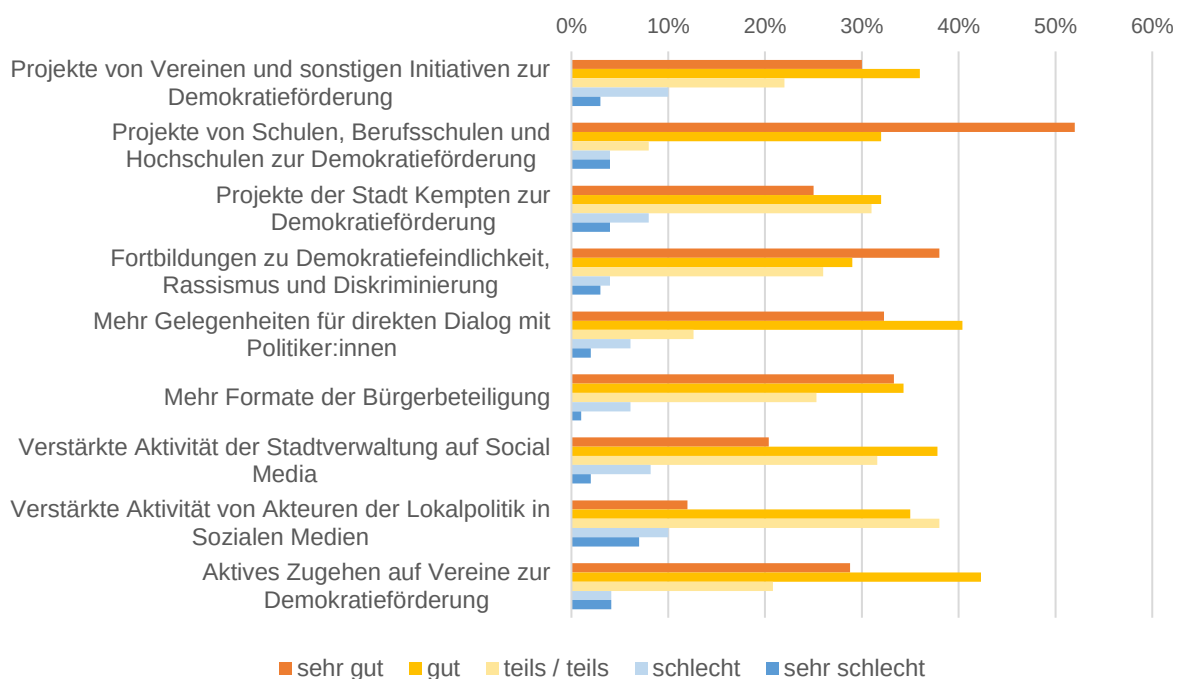
In der Online-Befragung von, mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stehenden Verwaltungsbeschäftigten, Stadträtinnen und Stadträten sowie lokalen Sozialarbeiterinnen und -arbeitern wurden Fragen zur Relevanzwahrnehmung von Demokratiearbeit sowie zur Bewertung von Projekten der Demokratieförderung aufgenommen. An der Befragung nahmen insgesamt 100 Personen teil. Insgesamt 74 Prozent davon waren in der Stadtverwaltung beschäftigt, 13 Prozent hatten eine Tätigkeit als Stadtrat bzw. Stadträtin inne, 9 Prozent waren in der Sozial- bzw. Quartiersarbeit beschäftigt und 4 Prozent gingen einer sonstigen Tätigkeit

nach. Insgesamt 43 Prozent der Befragten berichteten, die Tätigkeit bereits seit mehr als 10 Jahren inne zu haben. Bei einem Viertel der Befragten waren es von 0 bis unter 3 Jahren. Bei 32 Prozent waren es zwischen 3 und 10 Jahren.

Insgesamt 58 Prozent der Befragten aus Verwaltung, Politik und Sozialarbeit empfanden es als „sehr wichtig“ und 33 Prozent als „wichtig“ die Demokratie in Kempten zu stärken. Nur 3 Prozent finden dies „gar nicht wichtig“. Insgesamt 66 Prozent gaben an, dass sie es „sehr wichtig“ oder „wichtig“ finden, innerhalb ihres eigenen Tätigkeitsfeldes, z. B. in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, Möglichkeiten der Demokratieförderung selbst zu nutzen. Danach gefragt, ob es den Beschäftigten in der Stadtverwaltung bzw. den Stadträtinnen und Stadträten leicht fällt auf Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder Diskriminierung zu reagieren und die richtigen Worte zu finden, bejahten dies nur 45,5 Prozent der Befragten. Insgesamt 45,5 Prozent der Befragten gaben „teils / teils“ an. Nur eine Minderheit hat das Gefühl, mit ihren Worten auch tatsächlich etwas bei den Menschen, die sich demokratiefeindlich, extremistisch oder diskriminierend äußern, zu verändern. 35 Prozent gelingt dies teilweise, 43 Prozent gaben an „nein, kaum“ und 5 Prozent „nein, nie“.

Die Befragten aus Stadtverwaltung, Politik und Sozialarbeit wurden darum gebeten, verschiedene Ideen zur Demokratieförderung zu bewerten (vgl. Abbildung 14). Als sehr wirksam zur Förderung der Demokratie wurden Projekte an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen eingeschätzt. Insgesamt 84 Prozent der Befragten nehmen solche als „sehr gut“ oder „gut“ wahr. Knapp 73 Prozent bewerten mehr Gelegenheiten für Bürgerinnen und Bürger zum direkten Dialog mit Politikerinnen und Politikern aus Kempten, u.a. mit Stadträtinnen und Stadträten als „sehr gut“ bzw. „gut“. Eine Fortbildung zum Thema "Wie reagiere ich auf Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung?" für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Stadträtinnen und -räte in Kempten wünschen sich circa 67 Prozent der Befragten. Die Idee des aktiven Zugehens auf Kemptener Vereine und Organisationen, die bisher nicht in der Demokratieförderung aktiv sind und für ein Engagement im Bereich Demokratieförderung, Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung zu werben, halten circa 71 Prozent der Befragten für eine gute Idee.

Abbildung 14: Bewertung von Ideen zur Demokratieförderung, Befragung Verwaltung & Politik



Hinweis: N=97-100

5.3. Ideen zur Stärkung bestehender lokaler Netzwerke

Um die Demokratie lokal zu stärken, ist ein enger Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Bürgerinnen und Bürgern unabdingbar. Dieser kann sowohl Demokratieskepsis, Radikalisierung und Extremismus eindämmen, als auch die Demokratiezufriedenheit stärken. Seitens der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus heißt es entsprechend: *„Generell ist eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sinnvoll, um gemeinsam extremistische und dabei insbesondere strafrechtlich relevante Aktionen zu verhindern. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits 2009 hierzu die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus eingerichtet, um Kommunen und Schulen verschiedene Präventionsangebote anzubieten bzw. sie bei der Durchführung ihrer Angebote zu unterstützen und als Netzwerkpartner zu fungieren.“*⁶⁹

In Kempten findet jährlich ein sogenanntes Sicherheitsgespräch statt, bei welchem Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung Kempten mit der örtlichen Polizei zusammenkommen, um aktuelle Herausforderungen und Probleme zu besprechen. Auch politisch motivierte Kriminalität wird hierbei besprochen. Seitens der Polizei war beim diesjährigen Gespräch im Juli 2025 die Polizeipräsidentin beteiligt sowie die Leiter der Polizeiinspektion Kempten, der Kriminalpolizeiinspektion Kempten, der Verkehrspolizei Kempten und der Zentralen Einsatzdienste Kempten. Neben dem Oberbürgermeister aus Kempten nahmen auf Seiten der Stadtverwaltung Kempten die zuständigen Abteilungs- und Amtsleiterinnen und Leiter der Kommunalverwaltung teil⁷⁰. Ein Vorschlag der Autorin des vorliegenden Berichts ist es, bei künftigen Sicherheitsgesprächen der Stadt Kempten auch Vertreterinnen oder Vertreter der Sozialarbeit zu integrieren, etwa solche, die in direktem Kontakt zu Jugendlichen stehen. So könnte gegebenenfalls stärker auf mögliche Präventionsmaßnahmen oder auf aktuelle demokratieskeptische Strömungen in unterschiedlichen Milieus eingegangen werden. Innerhalb der Bayerischen Polizei gibt es zudem einen regelmäßigen Austausch – regional wie überregional – zu politisch motivierter Kriminalität. Inhaltlich bezieht sich dieser auf konkrete Aktionen wie auch auf verschiedene Präventionsmöglichkeiten.

Ein wichtiger Baustein, um Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Zivilgesellschaft in Kempten zusammenzubringen, ist die jährlich stattfindende Demokratiekonferenz. Daran nehmen meist circa 70 bis 80 Personen von unterschiedlichsten Organisationseinheiten, Einrichtungen und Vereinen teil (IV 1, 12.6.2025). Die Themenschwerpunkte variieren. Methodisch ist die Konferenz meist so aufgestellt, dass die Beteiligten sich aktiv zu den unterschiedlichen Themen einbringen können. Im Interview mit einem langjährigen Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle wies dieser auf das bereits drei Mal in Kempten stattgefundene „Fest der Demokratie“ hin (IV 2, 29.7.2025). Hier waren neben den oben genannten Zielgruppen zusätzlich die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme eingeladen. Hier könnten perspektivisch auch die Polizei und andere öffentliche Institutionen, wie etwa das örtliche Krankenhaus mit einem Stand vertreten sein, so der langjährige Beschäftigte der Koordinierungs- und Fachstelle. *„Ich glaube, das sind so Räume, die man schaffen sollte, [...], die sehr niederschwellig zugänglich sind, wo sich einfach unterschiedliche Akteure in der Zivilgesellschaft präsentieren und ihre Arbeit vorstellen unter einem gemeinsamen Thema in der Demokratie. [...]. Um auch Vertrauen zu schaffen, gerade [bei] den Skeptiker*innen [der Demokratie]. [...]. Weil ich habe schon sehr stark gemerkt: Wenn ich alleine mit einem Stand [zu ‚Demokratie leben!‘] irgendwo war, wurde ich sehr stark attackiert. Also wirklich von sehr*

⁶⁹ BIGE; schriftliche Antwort auf Befragung

⁷⁰ <https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/088544/index.html>

unangenehmen Menschen [...] und die waren sehr laut. Und die vielen, die [„Demokratie leben!“] vielleicht gut finden, haben eigentlich kaum einen Ton rausgebracht. Und wenn ich ein Teil einer gemeinsamen Veranstaltung war, habe ich einfach sehr schnell die Solidarität der anderen gemerkt. Sowohl konnte ich einschreiten, wenn ich gemerkt habe, da wird jemand attackiert, als auch wenn ich attackiert wurde, waren sofort zwei, drei Kolleginnen da, die mit mir sozusagen Partei ergriffen haben. Und das ist, glaube ich, auch eigentlich die Stärke: Dass man [...] als Gemeinschaft auftritt und zeigt, man ist eindeutig in der Überzahl. [...]. Und das würde ich mir wünschen, dass das einmal noch viel öfter passiert, dass man auch nach außen ganz klar kommuniziert: „Wir sind vielleicht unterschiedlicher Meinung bei bestimmten politischen Themen, das ist auch in Ordnung, aber wir sind alles Demokratinnen und Demokraten und kämpfen für die gleiche Sache.“ (IV 2, 29.7.2025)

Im Rahmen des Experteninterviews mit einer Vertreterin der Stadt Kempten wurde angemerkt, dass das Landes-Demokratiezentrum Bayern sowohl Online- als auch Präsenztreffen anbiete, die meist besucht und als positiv wahrgenommen werden (IV 1, 12.6.2025). Allerdings - so die Anmerkung im Interview mit einem langjährigen Beschäftigten der Koordinierungs- und Fachstelle - waren diese Treffen bisher eher selten und könnten durchaus noch ausgeweitet werden. Vorstellbar wären zudem regionale Vernetzungs- oder Austauschtreffen der Koordinierungs- und Fachstellen von „Demokratie leben!“ etwa im Regierungsbezirk Schwaben (IV 2, 29.7.2025).

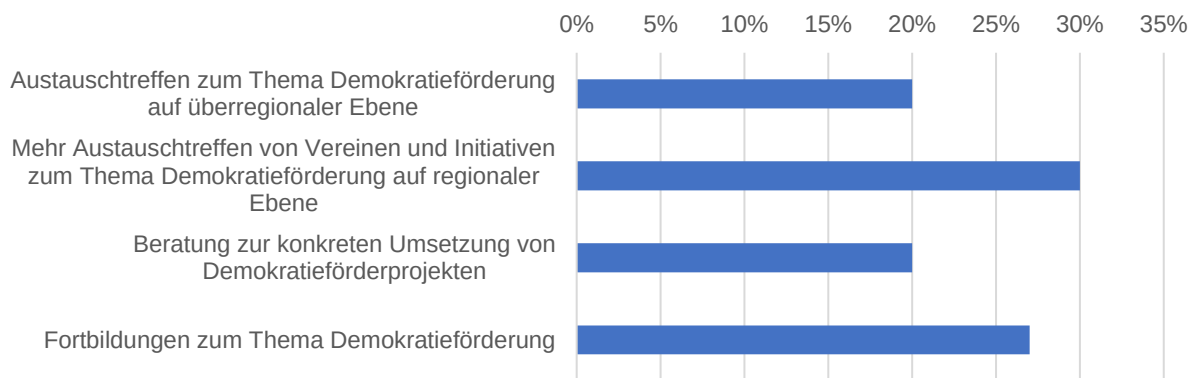
Darüber hinaus sei das Netzwerk Komm.A⁷¹ sehr hilfreich im Umgang mit rassistischen Angriffen und zur Verbesserung der Kommunikation. Es handelt sich dabei um ein vom Bund gefördertes Projekt zur Unterstützung von Kommunen. Diesen würde unter anderem dabei geholfen, Diskriminierung und Rassismus entgegenzuwirken (IV 1, 12.6.2025).

Ein Austausch mit Nachbarkommunen findet ansonsten vor allem mit der kreisfreien Stadt Kaufbeuren statt, die ähnliche Bedingungen vorweise wie die Stadt Kempten. Ansonsten fänden vor allem dann Gespräche statt, wenn man auf interessante Projekte stoße und sich dann in direktem Kontakt an die jeweilige Kommune wende (IV 2, 29.7.2025).

Neben dem kommunalen Austausch, wurden die Netzwerkpartner im Rahmen der Online-Befragung danach gefragt, welche Formen der Unterstützung sie benötigen um auch künftig Projekte der Demokratieförderung erfolgreich durchführen zu können. Abbildung 15 fasst deren Bewertung zu unterschiedlichen Formaten zusammen. Dabei zeigt sich: 30 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Austauschtreffen von Vereinen und Initiativen zum Thema Demokratieförderung auf regionaler Ebene. Knapp 27 Prozent erhoffen sich mehr Fortbildungen zum Thema Demokratieförderung.

⁷¹ <https://komma-allianzen.de/>

Abbildung 15: Wünsche zur Unterstützung, Netzwerkbefragung



Hinweis: N=30

5.4. Bestehende Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie

Neben konkreten Projekten zur Demokratieförderung, der Demokratiekonferenz und dem Fest der Demokratie, bietet die Stadt Kempten ihren Bürgerinnen und Bürgern diverse Möglichkeiten der konkreten politischen Teilhabe. Per se lässt sich zwischen formellen (z. B. Bürgerentscheid) und informellen (z. B. Runde Tische) Verfahren der Bürgerbeteiligung unterscheiden⁷². In letztere Kategorie lässt sich etwa ein Digitales Bürgerforum der Stadt Kempten⁷³ einordnen. Es handelt sich dabei um eine Online-Plattform, auf der sich Bürgerinnen und Bürger mit Anregungen, Meinungen und Ideen aktiv an der Stadtgestaltung beteiligen können. Im Jahr 2023 wurde mit dem ePin-Verfahren beispielsweise ein digitales Werkzeug eingesetzt, um die Bevölkerung an der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zu beteiligen⁷⁴. Im Jahr 2024 konnten die Bürgerinnen und Bürger über das Digitale Bürgerforum etwa an der Spielplatzgestaltung des Wohngebiets Halde Nord teilhaben. Im Jahr 2025 bestand die Möglichkeit, über die Plattform Wünsche, Ideen und Anregungen für den Spielplatz in der Stadtbadstraße zu äußern. Klassische Bürger- oder Stadtteilversammlungen ergänzen das Teilhabeportfolio der Stadt.

Ein spezielles Teilhabeformat, das insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene anspricht, ist *„Der Kemptener Weg der Beteiligung junger Menschen“*⁷⁵. Teil davon sind digitale Beteiligungsmöglichkeiten, Kooperationen mit Schulen, Anlaufstellen für Jugendliche und junge Erwachsene sowie die Jugendkommission, die sich in Politik und Verwaltung für die Belange von jungen Menschen einsetzt⁷⁶. Über Instagram können Jugendliche ihre Ideen für die Stadt Kempten direkt an die Jugendkommission übermitteln⁷⁷.

Im Interview mit der Vertreterin der öffentlichen Verwaltung, die „Demokratie leben!“ begleitet, wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Kempten aktiv versuche, durch eine zielgruppenspezifische Kommunikation möglichst alle Bevölkerungsteile anzusprechen und für die unterschiedlichen Beteiligungsformate zu motivieren. Hierfür würden auch unterschiedlichste Kommunikationskanäle genutzt.

⁷² Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Wolfgang Metzner Verlag, Berlin.

⁷³ <https://machmit.kempten.de/>

⁷⁴ <https://www.kempten.de/epin-online-beteiligung-zum-flachennutzungsplan-2040-31466.html>

⁷⁵ <https://www.kempten.de/der-kemptener-weg-23926.html>

⁷⁶ <https://www.kempten.de/mach-mit-jugendbeteiligung-kempten-23930.html>

⁷⁷ <https://www.kempten.de/mach-mit-jugendbeteiligung-kempten-23930.html>

Aktuell beteiligt sich das Amt für Integration am Projekt Connected Women (IV 1, 12.6.2025). Dessen Ziel ist es, die gesellschaftliche Teilhabe von neu eingewanderten Frauen partizipativ zu fördern⁷⁸. Das Resümee der interviewten Vertreterin der öffentlichen Verwaltung von „Demokratie leben!“ lautet: *„Wir haben eine wirklich große Offenheit in unseren Strukturen [in Kempten] für die Themen [Demokratie, Anti-Diskriminierung, Anti-Rassismus] - das ist sehr, sehr hilfreich.“* (IV 1, 12.6.2025)

5.5. Potenzielle Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der Demokratie

In diesem Kapitel werden unterschiedliche Maßnahmen und Formate vorgestellt, die zur Stärkung der Demokratie in Kempten beitragen können. Dabei werden sowohl Ideen aus den Workshops und den Online-Befragungen aufgegriffen, wie auch Vorschläge, die sich aus den bisherigen Erkenntnissen des Berichts sowie aus wissenschaftlicher Literatur ableiten lassen.

Bei dem im Juni 2025 in Kempten stattgefundenen Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern von Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung wurde unter anderem nach Ideen zur Stärkung der Demokratie vor Ort gefragt. Die Teilnehmenden hoben vor allem die Schaffung von Begegnungsräumen, wie beispielsweise Erzähl-Cafés, hervor. Als förderlich beschrieben wurden zudem mehr Gelegenheiten zu politischen Abstimmungen und Bürgergesprächen sowie eine stärkere Verantwortungsteilung bei Entscheidungen. Auch eine Stärkung der Jugendarbeit, die Integration des Fachs „Gefühle“ in den Schulunterricht, ein Ausbau der Medienpädagogik und transparente politische Kommunikation wurden als Ideen zur Stärkung der Demokratie genannt. Demokratie müsse als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Wesentlich sind politische Bildung, Quartiersarbeit vor Ort sowie schnelle Fördermöglichkeiten für Projekte. Um Projekte „inklusive“ zu gestalten und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen für Projekte der Demokratieförderung anzusprechen, seien der Aufbau und die Nutzung von Netzwerken, die direkte Ansprache sowie aufsuchende Arbeit in analoger und digitaler Form zentral. Wichtig sei es, Beziehungen aufzubauen, gezieltes Marketing zu betreiben und dabei Offenheit zu zeigen. Als entscheidend wurden ein angstfreier Raum und die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung hervorgehoben. Außerdem wurden die Durchführung einer Zielgruppenanalyse zur Erfassung der Bedarfe und die Umsetzung niedrigschwelliger Projekte in Form von schnell realisierbaren Pop-up-Projekten genannt. Aus Sicht von Vereinen und Initiativen, die sich für die Demokratie engagieren, braucht es laut den Teilnehmenden des Workshops viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die bereit sind, Zeit zu investieren. Projekte sollten zunächst offen gestaltet werden, um Beziehungen entstehen zu lassen, bevor sie verbindlicher werden. Darüber hinaus wurden eine gute Vernetzung mit anderen Vereinen, ausreichende Fördergelder, eine klare Positionierung gegen Rechts sowie der Zugang zu Räumen als wichtig erachtet. Weitere genannte Punkte waren regelmäßige Netzwerktreffen, eine zentrale Datenbank mit Informationen zu bisherigen Projektträgern und Projekten, Bürokratieabbau, Sicherheit, Unterstützung durch die Stadt bei Veranstaltungen sowie ein klares Leitbild der Stadt im Bereich Demokratie. Die Ergebnisse des Workshops werden im Anhang A3 zusammenfassend dargestellt.

Auch im Rahmen der *Netzwerkbefragung* wurde mit einer offenen Frage erfasst, was die Organisationen, die sich für Demokratie engagieren noch brauchen, um dies besser tun zu

⁷⁸ <https://www.kempten.de/02-textseite-34518-connected-women-34518.html>

können. Folgende Aspekte wurden genannt und werden in Abbildung 16 zusammengefasst dargestellt.

Abbildung 16: Anregungen zur besseren Unterstützung bei demokratiefördernden Projekten, Inhalte aus der Online-Befragung der Netzwerkpartner

1. Bürokratie & Finanzierung

- Weniger Bürokratie bei Förderanträgen
- Förderanträge aktuell zu umfangreich und abschreckend
- Mehr Finanzierungsmöglichkeiten, auch für Personalkosten

2. Praxistaugliche Unterstützung

- Bedarf an einsatzfertigen, erprobten Projekten speziell für Schulen (z. B. ISB)
- Best-Practice-Beispiele als hilfreiche Orientierung

3. Inklusion & Teilhabe

- Inklusion stärker berücksichtigen: Menschen mit Behinderung werden oft vergessen
- Motto: „Demokratie braucht Inklusion“

4. Vernetzung & Kooperation

- Bessere Vernetzung durch die Koordinierungsstelle
- Ideen: Demokratiestammtisch, Netzwerkübersicht mit Steckbriefen („Was biete ich? Was brauche ich?“)

5. Haltung & Verantwortung

- Mehr Verantwortung an Einzelne übertragen
- Weg von reiner Leitung – hin zu begleitender Unterstützung

Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildung stammen von den Teilnehmenden der Online-Befragungen. Die Inhalte wurden von der Autorin des Berichts nicht wissenschaftlich geprüft.

Auch in der *Befragung Verwaltung & Politik* wurde danach gefragt, welche Ideen zur Förderung der Demokratie es in Kempten gibt. Abbildung 17 fasst die Vorschläge zusammen. Dort wird ebenso auf den stärkeren Einsatz von Beteiligungsformaten verwiesen. Darüber hinaus wurden Ideen für die Bereiche Verwaltung & Politikverständnis, Politische Bildung & Jugend, Medien & Meinungsvielfalt, Soziale Gerechtigkeit & Lebensqualität, Stadtbild & Symbolik sowie Werte, Respekt & Zusammenhalt geliefert.

Abbildung 17: Ideen zur Förderung der Demokratie in Kempten; Befragung Verwaltung & Politik

1. Bürgerbeteiligung & Transparenz

- Mehr echte, verbindliche Beteiligung statt bloßer Information (Bürgerräte, Leitlinien, Dialogformate)
- Ergebnisse von Beteiligung müssen in politische Entscheidungen einfließen
- Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und zeitnah kommunizieren
- Persönlicher Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern fördern, z. B. über Vereine und soziale Räume

2. Verwaltung & Politikverständnis

- Klare Rollenverteilung zwischen Politik, Verwaltung und Institutionen
- Verwaltung als dienstleistungsorientiertes, gut ausgestattetes Organ; Bürokratieabbau und verständliche Sprache
- Korruption, Vetternwirtschaft und Lobbyismus vermeiden
- Vorbildfunktion und Selbstreflexion bei politischen Akteuren stärken

3. Politische Bildung & Jugend

- Frühzeitige Demokratiebildung (ab Kindergarten, in Schulen, durch Planspiele und Theaterprojekte)
- Stärkere Einbindung von Jugendlichen und Schülerinnen und Schülern, z. B. über soziale Medien, Austauschprogramme, Wettbewerbe
- Politische Bildung ausweiten, modernisieren und praxisnah gestalten

4. Medien & Meinungsvielfalt

- Kritik an einseitiger lokaler Berichterstattung; Wunsch nach Pressevielfalt und unabhängiger Berichterstattung
- Aufklärung über Social-Media-Kampagnen und Hassrede; mehr politische Inhalte auf Plattformen wie TikTok und Instagram

5. Soziale Gerechtigkeit & Lebensqualität

- Bezahlbarer Wohnraum, sozialer Wohnungsbau, Unterstützung für Bedürftige

- Ausbau von Kinderbetreuung, Pflege, Mehrgenerationenprojekten und Teilhabemöglichkeiten
- Familienfreundliche Angebote und barrierefreie Verwaltungsvorgänge

6. Stadtbild & Symbolik

- Sichtbare Zeichen für Demokratie (Banner, Gestaltung öffentlicher Räume)
- Begegnungsorte schaffen und Veranstaltungen im Sozialraum fördern

7. Werte, Respekt & Zusammenhalt

- Förderung von Toleranz, aber auch klare Abgrenzung gegenüber Intoleranz
- Gemeinsames Verständnis von Demokratie und Zusammenleben stärken, ohne bestimmte Gruppen zu idealisieren oder auszugrenzen

Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildung stammen von den Teilnehmenden der Online-Befragungen. Die Inhalte wurden von der Autorin des Berichts nicht wissenschaftlich geprüft.

Um Menschen für politische Teilhabe zu gewinnen, wurden im Rahmen des bei der Demokratiekonferenz Kempten 2025 durchgeführten Workshops verschiedene Ideen gesammelt und in nachfolgender Tabelle zusammengefasst (vgl. Tabelle 3). Wie bereits in Kapitel 2 dargestellt, haben Beteiligungsformate vor allem dann einen Anspruch auf Legitimität, wenn sie als repräsentativ gelten und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen beteiligt sind.

Tabelle 3: Ideen zur Verbesserung der Resonanz bei Bürgerbeteiligungsformaten in Kempten, Ergebnisse aus einem Workshop im Rahmen der Demokratiekonferenz 2025

Handlungsfeld	Empfohlene Maßnahmen	Ziel
Thematische Ausrichtung	Formate an den Interessen und Bedarfen der Bevölkerung ausrichten	Relevanz und Motivation zur Teilnahme erhöhen
Zugangswege	Persönliche Ansprache, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einbeziehen, Angebote an Orten des Alltags (Altenheime, Schulen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung) platzieren	Niedrigschwelliger Zugang, mehr Zielgruppen erreichen
Barrierefreiheit (Kommunikation)	Leichte Sprache in Werbung und Inhalten nutzen, Gebärdensprache anbieten, KI-Übersetzungstools nutzen, die vor Ort digital und kostenfrei eine schriftliche Übersetzung von Gesagtem bieten	Menschen mit geringen Deutschkenntnissen oder kognitiven Einschränkungen ansprechen
Barrierefreiheit (Zugang)	Veranstaltungsorte barrierefrei gestalten, Kinderbetreuung vor Ort anbieten, Streaming von Veranstaltungen	Teilhabe für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Eltern erleichtern
Veranstaltungsorte	Jugendzentren, Bürgertreffs, lebensweltnahe Orte statt Gaststätten wählen	Finanzielle Hürden abbauen, mehr Menschen erreichen
Anreize	Teilnahmebescheinigungen, kostenlose Getränke oder kleine Snacks bereitstellen	Motivation und Wertschätzung der Teilnahme steigern
Formatgestaltung	Projekt- und bedarfsbezogene Themen, flexible Zeiträume statt fixer Termine, hybride Formate (online und vor Ort)	Anpassung an unterschiedliche Lebens- und Arbeitsrhythmen
Wirkungsorientierung	Sicherstellen, dass Ergebnisse in Entscheidungen von Stadtrat und Stadtverwaltung einfließen	Gefühl von Selbstwirksamkeit schaffen
Zielgruppenfokus	Besonders wenig vertretene Gruppen wie Menschen mit Behinderung und breite Bevölkerung gezielt ansprechen	Repräsentativität und Vielfalt erhöhen

Hinweis: Die Inhalte dieser Tabelle stammen von den Teilnehmenden des Workshops. Die Inhalte wurden von der Autorin des Berichts nicht wissenschaftlich geprüft.

Welche unterschiedlichen Beteiligungsformate für Bürgerinnen und Bürger es gibt, die auf lokaler Ebene zum Einsatz kommen können, und was deren Vor- und Nachteile sind, wird in nachfolgender Tabelle (vgl. Tabelle 4) überblicksartig dargestellt. Die Inhalte stammen von unterschiedlichen wissenschaftlichen Publikationen, die sich mit direkter Demokratie in Deutschland beschäftigen. Exemplarisch werden aus den unterschiedlichen Beteiligungsformaten zwei herausgegriffen und näher beschrieben: Ein Instrument, welches als besonders legitim und repräsentativ gilt, ist die Planungszelle, die aus einer zufällig gelosten Gruppe an Bürgerinnen und Bürgern besteht. Diese Gruppe kann themenspezifische Ideen und Lösungen für politische Herausforderungen erarbeiten. Nachteilig zeigt sich der damit verbundene hohe zeitliche, organisatorische und finanzielle Aufwand. Dialogveranstaltungen sind im Vergleich dazu einfacher umsetzbar, dafür aber weniger repräsentativ. Auch kann deren qualitativer Mehrwert stark von den Teilnehmenden sowie den Moderierenden abhängen.

Tabelle 4: Vor- und Nachteile unterschiedlicher Bürgerbeteiligungsformate

Format	Beschreibung	Vorteile	Nachteile
Planungszelle / Bürgergutachten	Zufällig geloste Bürgergruppen erstellen Empfehlungen	Repräsentativität der Teilnehmenden, hohe Legitimität	Hoher organisatorischer, zeitlicher und finanzieller Aufwand; keine rechtliche Bindung
Bürgerbegehren / Bürgerentscheid	Instrument der direkten Demokratie	Direkte Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger; rechtlich verbindliche Abstimmung, hohe Legitimität	Polarisierung möglich; Vereinfachung von Sachfragen
Runde Tische / Dialogveranstaltungen	Moderierte Diskussionsveranstaltungen	Niedrige Zugangshürden; flexibel einsetzbar	Wenig repräsentativ; keine rechtliche Bindung; Qualität abhängig von Moderation und Ergebnisverwertung
Bürgerforum / Bürgerrat	Bürgerinnen und Bürger diskutieren über einen längeren Zeitraum über ein Thema	Dialog und Konsensbildung im Vordergrund	Ressourcenintensiv; keine rechtliche Bindung
Online-Beteiligung / E-Partizipation	Bürgerbeteiligung über Online-Plattformen	Niedrige Zugangshürden, örtliche und zeitliche Flexibilität; große Reichweite; Transparenz	Ausschluss wenig technikaffiner Personen; geringe Verbindlichkeit; teils geringe Teilnahmeraten
Bürgerbefragung	Zufällig ausgewählte Haushalte werden persönlich oder mithilfe von Fragebögen zu Sachfragen befragt	Repräsentativität; niedrige Zugangshürden	Hohe Kosten und hoher Aufwand

Quellen: Eigene Darstellung; Inhalte aus Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Frankfurt a. M., Wolfgang Metzner Verlag und Nanz, P. & Fritsche, M. 2012: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.

Darüber hinaus soll detailliert auf die Möglichkeit der Implementierung einer Bürger-App eingegangen werden. Die Stadt Tübingen war im Jahr 2019 die erste Stadt, die eine Bürger-App anbot und mit dieser kommunale Bürgerbefragungen durchführte. Dort konnten sich Einwohnerinnen und Einwohner, die über 12 Jahre alt waren, an der Diskussion zu aktuellen und strittigen kommunalen Themen beteiligen. Die Ergebnisse lieferten eine Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat. Die App ist jedoch seit Ende 2023 nicht mehr in Betrieb⁷⁹. Die Unrentabilität der App sei der Grund für deren Abschaltung⁸⁰. Eine vergleichbare Lösung wäre auch für die Stadt Kempten vorstellbar. Eine Workshopteilnehmerin verwies auf die Idee, eine solche App mit konkreten Fragenkategorien zu befüllen: (1) Was funktioniert in Kempten nicht?, (2) Was sollte sich verändern?, und (3) Was ist gut und sollte erhalten bleiben? Andere Fragestellungen und Teilhabeoptionen könnten gleichermaßen über eine solche App bereitgestellt werden. Eine direkte Verknüpfung mit dem in Kempten bereits bestehenden Digitalen Bürgerforum wäre vorstellbar. Letzteres könnte über weitere Marketingmaßnahmen etwa an Schulen oder über Vereine noch stärker in der Kemptener Bevölkerung beworben werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die lokale Demokratie in Zeiten sinkenden Vertrauens in politische Institutionen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Kommunen bieten als unmittelbare Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger besondere Chancen, demokratische Mitgestaltung konkret erlebbar zu machen⁸¹. Viele Menschen möchten heute nicht nur wählen, sondern aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen⁸². Dies führt zu einem Wandel des Politikverständnisses, das verstärkt auf Kooperation, Transparenz und Dialog setzt⁸³. Dabei wird Bürgerbeteiligung nicht als Ersatz, sondern als wertvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie verstanden, mit dem Potenzial, sowohl die Legitimität als auch die Qualität politischer Entscheidungen zu erhöhen⁸⁴. Die Idee der „kooperativen Demokratie“ beschreibt eine Form politischer Entscheidungsfindung, die durch freiwillige, dialogorientierte Verfahren wie Zukunftswerkstätten, Planungszellen oder Stadtteilstforen geprägt ist. Solche Formate fördern nicht nur die Legitimität, sondern auch die Effizienz politischer Prozesse, da kooperative Verfahren zu höherer Akzeptanz, besserem Steuerungswissen und Abbau von Entscheidungsblockaden führen⁸⁵. Praxisbeispiele zeigen, dass kreative und lebensnahe Beteiligungsformate wie Bürgerforen oder Reflexionsdiskurse nicht nur zur Lösung konkreter kommunaler Probleme beitragen, sondern zugleich die politische Kultur vor Ort stärken, so das Ergebnis empirischer Untersuchungen⁸⁶. Demokratie lässt sich auf kommunaler Ebene vor allem durch strukturell verankerte, transparente und ernst gemeinte Bürgerbeteiligung stärken⁸⁷. Erfolgreiche Beteiligungsprozesse setzen frühzeitig an, erlauben partizipative Vielfalt und eröffnen echte Möglichkeiten zur Mitgestaltung⁸⁸. Dadurch wird die kommunale Demokratie nicht nur lebendiger, sondern auch widerstandsfähiger gegenüber gesellschaftlichen Herausforderungen⁸⁹. Doch nur wenn es gelingt, möglichst viele Menschen an den direkten Beteiligungsverfahren zu integrieren und diese die unterschiedlichen

⁷⁹ <https://www.tuebingen.de/77.html#/41631>

⁸⁰ https://www.swp.de/lokales/tuebingen/beteiligung-steht-die-tuebingen-buerger-app-vor-dem-aus-603057.html?utm_source=chatgpt.com

⁸¹ Roth, R. 2018: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, Stuttgart, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁸² Patze-Diordiyshuk, P. et al. 2020: Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung, München, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁸³ Klages, H. 2014: Entwicklungsperspektiven der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Wegweiser Bürgergesellschaft eNewsletter, 14.

⁸⁴ Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Frankfurt a. M., Wolfgang Metzner Verlag.

⁸⁵ Bogumil, J. 2001: Neue Formen der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen – Kooperative Demokratie auf dem Vormarsch!? Vortrag Deutscher Städtetag, Kassel, 1.3.2001.

⁸⁶ Benighaus, C., Wachinger, G. & Renn, O. 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Frankfurt a. M., Wolfgang Metzner Verlag.

⁸⁷ Klages, H. 2014: Entwicklungsperspektiven der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Wegweiser Bürgergesellschaft eNewsletter, 14.

⁸⁸ Patze-Diordiyshuk, P. et al. 2020: Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung, München, Bundeszentrale für politische Bildung.

⁸⁹ Roth, R. 2018: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, Stuttgart, Bundeszentrale für politische Bildung.

Bevölkerungsgruppen in Kempten repräsentieren, kann die „kooperative“ Demokratie ihr gesamtes Potenzial entfalten. Damit verbunden sind oft hohe zeitliche, organisatorische und personelle Aufwände. Es braucht die breite gesellschaftliche und politische Bereitschaft, diese zu tragen.

6. Konkrete Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Kempten

Konkrete Handlungsempfehlungen zur Förderung von Demokratie, zur Gestaltung von Vielfalt und zur Vorbeugung von Extremismus in Kempten werden mithilfe von vier eng miteinander verbundenen Bereichen gegeben: Transparenz, politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement sowie Formate der Bürgerbeteiligung. Ergänzend werden Aspekte genannt, wie speziell innerhalb der Programmförderung von „Demokratie leben!“ vorgegangen werden kann, um die Demokratieförderung noch stärker in der gesellschaftlichen Breite zu verankern. Die Handlungsempfehlungen wurden aus Ideen und Vorschlägen der unterschiedlichen im Rahmen dieses Berichts durchgeführten empirischen Erhebungen sowie aus bereits bekannten wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet und richten sich neben der Programmleitung von „Demokratie leben!“ auch an Politikerinnen und Politiker der Stadt sowie Beschäftigte der Stadtverwaltung.

Im Bereich **Transparenz** geht es darum, innerhalb politischer Parteien das Bewusstsein für Vielfalt und Repräsentativität zu stärken. Das heißt, Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker könnten noch stärker versuchen, bisher in den lokal aktiven Parteien unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen für eine Parteimitgliedschaft zu gewinnen, darunter etwa Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit geringem sozioökonomischem Status. Dies könnte vor allem über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie eine direkte Ansprache der betreffenden Personen funktionieren.

Informationen zur Stadtpolitik sollten neben etablierten Kommunikationsformen über leicht zugängliche Kanäle wie Apps oder die Sozialen Medien vermittelt werden. Damit werden Menschen angesprochen, die keine Zeitung lesen und keine sonstigen klassischen Informationsformate nutzen. Unter Umständen müssten zur Bewerbung von etwaigen Apps oder Social-Media-Kanälen Bezahlformate genutzt werden, um eine gewisse Reichweite zu schaffen. Sowohl individuelle Politikerinnen und Politiker als auch Stadtgremien könnten so ihre Reichweite und Sichtbarkeit erhöhen. Durch Informationen und Kommunikation in einfacher Sprache lassen sich auch jene Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, die bislang schwer erreichbar waren.

Politikerinnen und Politiker sollten zudem stärker mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, beispielsweise in Quartieren, Schulen oder Einrichtungen. Konkret könnten Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Jugendeinrichtungen und sonstige Einrichtungen besucht werden. Somit würde man direkt auf die Menschen zugehen, die proaktiv keine politischen Veranstaltungen besuchen können oder wollen. Konkret wären Bürgerdialoge vorstellbar, bei welchen sich einzelne Stadträtinnen und Stadträte vor Ort mit den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen austauschen, sie zu deren Bedarfen befragen und deren Ideen mit in den stadtpolitischen Entscheidungsprozess einfließen lassen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die politischen Akteure dies nicht als Wahlkampf begreifen, sondern als Chance, in einen echten und demokratiefördernden Austausch zu kommen. Viele Menschen trauen sich zudem in der Gesprächssituation nicht, über ihre eigene

Meinung zu gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen zu sprechen. Teils kann es daher auch sinnvoll sein, etwaige Veranstaltungen sehr gut vorzubereiten und auch zu moderieren. Auch müssen die Politikerinnen und Politiker ein echtes Interesse am „Zuhören“ mitbringen. Nur wenn ein ehrlicher und offener Austausch stattfindet, kann dieser auch gewinnbringend für alle Beteiligten sein.

Die **politische Bildung** sollte durch Wissensvermittlung zu Demokratie, sozialen Medien und Fake News ausgebaut werden. Hier könnten gezielt Projekte innerhalb von „Demokratie leben!“ beitragen. Häufig kennen Bürgerinnen und Bürger ihre demokratischen Rechte nicht und wissen nicht, wie eine Beteiligung möglich ist. Hier könnten entsprechende Projekte, beispielsweise mit dem Ziel bestimmte Communities zu erreichen, erfolgsversprechend sein. Schulungen für Stadtverwaltung, Stadtpolitik und zivilgesellschaftliche Akteure können helfen, besser auf Diskriminierung, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit reagieren zu können. Diese Schulungen könnten seitens der Stadt kostenlos angeboten und bei den entsprechenden Zielgruppen beworben werden. Darüber hinaus gilt es, politisches Selbstbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und damit „Sozialkapital“ aufzubauen. Angesprochen werden könnten Bevölkerungsgruppen, die bisher kaum im lokalen politischen Diskurs aktiv sind, darunter häufig jüngere Menschen. Hier könnten Projekte innerhalb von „Demokratie leben!“ einen Beitrag leisten. Gleichzeitig sollte das Potenzial politischer Bildung an Schulen noch stärker ausgeschöpft werden.

Zur Stärkung des **zivilgesellschaftlichen Engagements** steht im Vordergrund, auch solche Vereine und Gruppen für Demokratiethemen zu gewinnen, die bisher wenig Berührungspunkte damit hatten – etwa Feuerwehren, Musikvereine oder Sportvereine. Somit kann dem Anspruch gerecht werden, die breite Bevölkerung stärker in Demokratieprojekte zu integrieren. Gegebenenfalls werden so auch Demokratieskeptikerinnen und -skeptiker erreicht, die vermutlich in allen Gesellschaftsbereichen aktiv sind. Ebenso sollen neben dem Sozialdienst muslimischer Frauen andere muslimische Organisationen einbezogen werden. Auch Vereine von Menschen mit Behinderung sollten gezielt eingebunden werden. Diese Vereine sind in den bisher geförderten Projekten im Rahmen von „Demokratie leben!“ noch unterrepräsentiert. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die unterschiedliche Zielgruppen direkt ansprechen, spielen dabei eine zentrale Rolle. Häufig gelingt es nur durch persönlichen Kontakt und ein „Sich-Kennen“ - so die Erfahrung vieler in den Workshops -, Menschen und Organisationen, die bisher nicht im Demokratienetzwerk aktiv sind, hierfür zu gewinnen. Das Prinzip des „Sich-Kennen“ birgt also die große Chance, bestimmte Gruppen für Demokratieförderung zu begeistern. Nichtsdestotrotz geht damit die Gefahr einher, dass lokale Netzwerke als in sich geschlossene Systeme wahrgenommen werden und dementsprechend agieren⁹⁰. Umso wichtiger ist es, Kontakt zu bisher nicht bekannten Vertreterinnen und Vertretern von Gruppen und Vereinen aufzunehmen und im ersten Schritt ein „Kennenlernen“ möglich zu machen. Per se können Projekte, die zum Ziel haben, den Austausch zwischen Menschen mit unterschiedlichen Herkunft oder Religionen zu fördern, einen wichtigen Beitrag leisten, um etwa Rassismus und Diskriminierung einzudämmen. Eine entsprechende Projektförderung innerhalb von „Demokratie leben!“ wäre gut vorstellbar.

Außerdem wird vorgeschlagen, kostenlose Fortbildungen für Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie einsetzen, anzubieten. Inhaltlich können diese sich zum Beispiel den Themen Projektförderung, konkreten Projektideen oder Wissen zur Entstehung und Eindämmung von Extremismus widmen. Ein informelles Austauschformat für Vereine und Organisationen, die im Netzwerk zur Demokratieförderung in Kempten aktiv sind, könnte seitens der Stadt initiiert

⁹⁰ Fischer, Lisa 2021: Street-Level Bureaucrats Impact on the Emergence of Local Governance Networks, Springer VS, Wiesbaden.

werden. Damit wird das Lernen von Erfahrungen anderer möglich und neue Impulse werden in die eigene Arbeit integriert. Darüber hinaus könnte auch die Zusammenarbeit zwischen in der Demokratietarbeit etablierten und dahingehend unerfahrenen Vereinen stärker gefördert werden. Gegebenenfalls gelingt es so, bisher unerschlossene Zielgruppen für Demokratieförderung zu erreichen.

Des Weiteren könnten bereits fertig entwickelte Demokratieprojekte von bundes- oder landesweit agierenden Akteuren angefordert, lokal in Kempten bereitgestellt und Netzwerkpartnern zur Umsetzung angeboten werden. Unterschiedliche zentrale Stellen bieten solche Projekte an, darunter etwa die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)⁹¹. Diese Stelle offeriert kostenlose Workshops und Beratungen, unter anderem für Kommunen, Vereine oder Schulen. Auch die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung haben Angebote zur Demokratieförderung in ihrem Portfolio, die lokal umgesetzt werden können. Das ISB bietet bereits erarbeitete Inhalte für Schulen an⁹². Häufig sind die zeitlichen Ressourcen in Schulen knapp. Gleiches gilt für Vereine, die primär ehrenamtlich getragen werden. Umso sinnvoller scheint es, diese Akteure bestmöglich zu unterstützen und ihnen mit der Bereitstellung von Projektideen und -methoden so viel Arbeit wie möglich abzunehmen.

Neben primären Präventionsmaßnahmen, sollten sekundäre Präventionsmaßnahmen stärker zum Tragen kommen. Das heißt, Menschen, die bereits ein hohes Maß an Demokratieskepsis aufweisen und solche, die potenziell gefährdet für eine Radikalisierung sind, sollten im Rahmen von durch „Demokratie leben!“ geförderten Projekten stärker in den Blick genommen werden. Auch wenn deren Erreichbarkeit als Zielgruppe mitunter eine große Hürde darstellen kann, sollte ein Versuch dahingehend unternommen werden. Das Ansetzen bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie bei Einrichtungen stellt hier eine mögliche erfolgsversprechende Strategie dar.

Schließlich sollten **Formate der Bürgerbeteiligung** bedarfsorientiert und konkret ausgestaltet werden. Dazu gehören flexible, hybride Formate sowie die Berücksichtigung von Alltagsthemen. Um unterschiedliche Zielgruppen zu gewinnen, kommt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wiederum eine zentrale Rolle zu. Neben einer verständlichen Sprache sowie guter und zielgruppenorientierter Bewerbung der Teilhabemöglichkeiten ist die Barrierefreiheit ein wichtiges Kriterium. Diese gilt sowohl im räumlichen Sinne, als auch im übertragenen Sinne: Um etwa Eltern und Alleinerziehenden die Teilnahme zu ermöglichen, kann etwa bei Stadtteil- oder Bürgerversammlungen eine Kinderbetreuung angeboten werden. Eine vorherige Anmeldung wäre nötig, um diese bedarfsgerecht organisieren zu können. Gebärdendolmetscher können je nach Bedarf anwesend sein. Um Menschen, die kaum oder gar nicht Deutsch sprechen, besser zu integrieren, könnten KI-gestützte Übersetzungsprogramme genutzt werden, die simultan das Gesprochene in andere Sprachen auf eine Leinwand projizieren. Zudem sollte eine Offenheit für neue Beteiligungsformen ebenso wie für deren mögliches Scheitern herrschen. Es müssten demnach unterschiedliche Formate getestet werden, um zu wissen, was zu Kempten und seiner Bevölkerung passt und was nicht. Konkret könnte etwa eine Stadt-App in Verknüpfung mit dem bereits etablierten Digitalen Bürgerforum eingesetzt werden, die sowohl zur Informationsweitergabe dient als auch unterschiedliche Teilhabeoptionen bereitstellt.

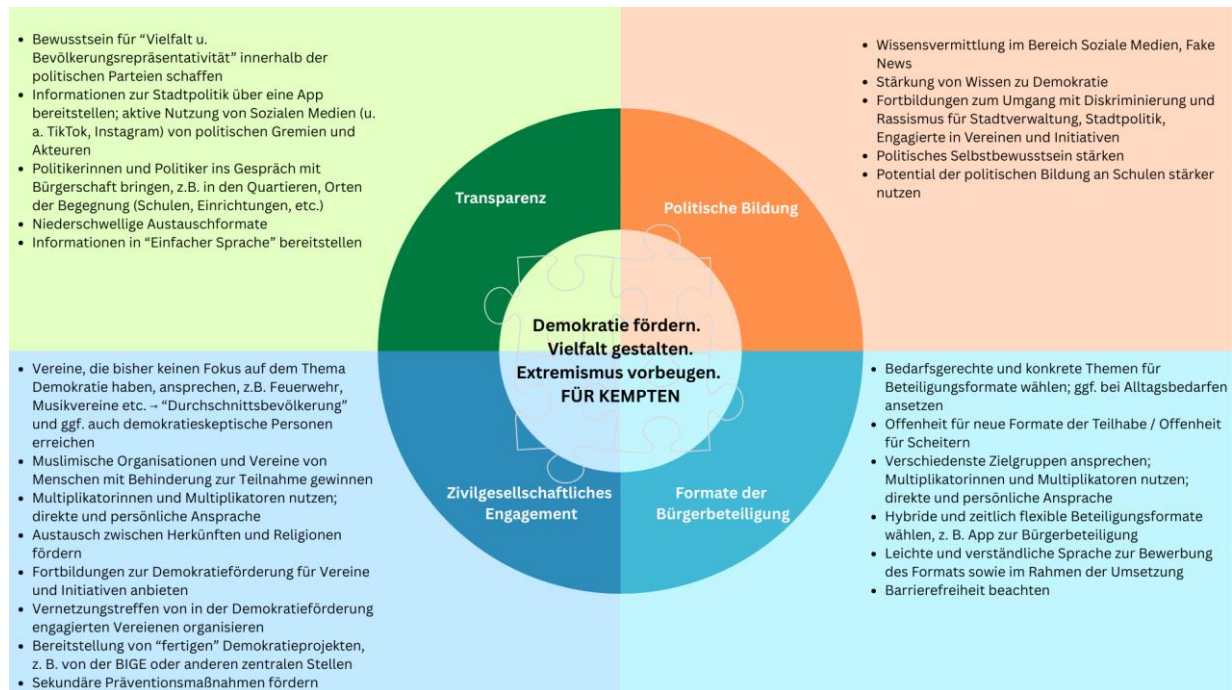
Insgesamt zeigt Abbildung 18 ein umfassendes Handlungskonzept, das Transparenz, Bildung, Engagement und Partizipation miteinander verknüpft, um demokratische Strukturen zu

⁹¹ <https://www.bige.bayern.de/>

⁹² <https://www.isb.bayern.de/>

stärken, Vielfalt sichtbar zu machen und extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Einige der genannten Ideen sind mit organisatorischem, personellem und finanziellem Aufwand verbunden. Hier müsste seitens städtischer Entscheidungsträger die grundsätzliche Bereitschaft bestehen, diese Aufwände tatsächlich aufzubringen.

Abbildung 18: Zusammenfassung konkreter Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Kempten



Quelle: Eigene Darstellung.

7. Zusammenfassung

Ziel des vorliegenden Berichts war die Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kempten. Konkret wurde erarbeitet, inwiefern es aktuell Probleme und Herausforderungen für die Demokratie in Kempten gibt. Zudem wurde dargestellt, welche Ressourcen aus Zivilgesellschaft und Kommune zur Stärkung der Demokratie vorhanden sind. Ergänzend wurden Handlungsempfehlungen erstellt, um auch künftig eine funktionierende und wehrhafte lokale Demokratie für Kempten zu sichern.

Die theoretische Fundierung des Berichts in Kapitel 2 illustrierte, dass die individuelle Zufriedenheit mit Demokratie und das politische Handeln von unterschiedlichen Faktoren auf individueller, regionaler und überregionaler Ebene abhängen. Auf Individualebene prägen vor allem die Wahrnehmung des Zustands der Demokratie, die eigene Selbstwahrnehmung innerhalb dieser, der sozioökonomische Status, die soziale Einbettung sowie individuelle Einstellungen demokratiestützende- bzw. gefährdende Einstellungen und Handlungen. Auf regionaler und überregionaler Ebene sind es kulturelle, sozioökonomische und politische Bedingungen, die Einfluss auf die Einstellungen Einzelner haben. Exemplarisch zeigt sich etwa, dass die Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage einen stärkeren Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie aufweist als die eigene wirtschaftliche Lage.

Um herauszufinden, wie die Lage der Demokratie in Kempten ist und, um Empfehlungen zur künftigen Demokratieförderung geben zu können, wurden unterschiedliche wissenschaftliche Methoden angewandt, die in Kapitel 3 beschrieben wurden. Darunter qualitative und quantitative Forschungsmethoden. Konkret wurden ein informelles Gespräch mit der örtlichen Polizei sowie zwei Experteninterviews mit städtischen Ansprechpersonen von „Demokratie leben!“ geführt. Zusätzlich fanden zwei Workshops mit Verwaltungsmitarbeitenden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kemptener Zivilgesellschaft statt. Ergänzend wurden zwei Online-Befragungen durchgeführt.

In Kapitel 4 zur Analyse der Ist-Situation und zur Darstellung von Problemen und Herausforderungen in Kempten wurde gezeigt, dass die Anzahl politisch motivierter Straftaten in Kempten im Vergleich zu anderen deutschen Städten noch auf einem moderaten Niveau ist. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren eine Zunahme, insbesondere im Bereich Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte. Im Jahr 2023 gab es in Kempten insgesamt 17 Fälle, die sich als politisch motivierte Kriminalität (PMK) „Rechts“ im Bereich Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte einordnen lassen. Neben konkreten Straftaten werden vermehrt demokratiefeindliche und diskriminierende Äußerungen wahrgenommen. Davon berichten sowohl die Teilnehmenden des Workshops als auch die befragten Netzwerkpartner, Verwaltungsbeschäftigte, Stadträtinnen und Stadträte und in der Sozialarbeit Beschäftigten. In der *Befragung Verwaltung & Politik* berichten 4 Prozent der Befragten, dass ihnen Demokratiefeindlichkeit „sehr oft“ oder „oft“ begegnet, 19 Prozent begegnet sie „manchmal“. In der *Netzwerkbefragung* zeigen sich vergleichbare Zahlen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erleben 31 Prozent der befragten Netzwerkpartner „sehr oft“ oder „oft“. Insgesamt knapp 45 Prozent erleben dies „manchmal“. Bei den Befragten aus Politik, Verwaltung und Sozialarbeit ist das Niveau etwas geringer: 14 Prozent erleben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „sehr oft“ oder „oft“, 43 Prozent „manchmal“.

Der Relevanzzuwachs Sozialer Medien, die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft, soziale und wirtschaftliche Unsicherheiten gelten neben diversen anderen gesellschaftlichen Entwicklungen als Ursachen für die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass - wenn auch auf niedrigem Niveau - politisch motivierte und damit demokratiegefährdende Straftaten in Kempten stattfinden. Demokratiefeindliche, rassistische und diskriminierende Äußerungen treten jedoch, so die Erkenntnisse aus einem der Workshops sowie der Online-Befragungen, sehr häufig auf. Ein Bedarf an Demokratieförderung scheint eindeutig gegeben.

Kapitel 5 analysierte die Ressourcen, Bedarfe und Potenziale der Demokratieförderung. Dabei zeigte sich, dass es in Kempten bereits eine starke Zivilgesellschaft gibt, die sich für die Stärkung der Demokratie engagiert: Innerhalb und außerhalb von „Demokratie leben!“. Unter dem Dach von „Demokratie leben!“ haben bisher insgesamt 34 verschiedene Vereine und Organisationen im Kontext von 67 verschiedenen Projekten partizipiert - darunter sowohl eher progressive als auch eher konservativ eingeschätzte Akteure. Thematisch waren die Projekte breit gefächert. Besonders stark vertreten war bisher der Bereich „Antidiskriminierung“. Hinsichtlich der Zielgruppen, die mit den Projekten erreicht werden konnten, zeigt sich eine Häufung bei jungen Menschen, gefolgt von Menschen mit geringem sozioökonomischem Status. Keiner der befragten Netzwerkpartner gab an, dass mit den bisherigen Projekten speziell Menschen angesprochen wurden, die bereits eine Tendenz zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit aufweisen. Gerne hätten die Netzwerkpartner diese Zielgruppe besser erreicht. Seitens der Stadtverwaltung Kempten sind verschiedene Ämter in der Demokratieförderung aktiv.

Im Rahmen der Befragung von Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Sozialarbeit hat sich gezeigt, dass 91 Prozent der Befragten es als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ empfinden, die Demokratie in Kempten zu stärken. Eine Fortbildung zum Thema "Wie reagiere ich auf Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung?" für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Stadträtinnen und -räte in Kempten wünschen sich circa 67 Prozent der Befragten. Um die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung zu stärken, gibt es bereits einige Formate, darunter etwa die jährlich stattfindende Demokratiekonferenz. Zur weiteren Stärkung der Demokratiearbeit in Kempten wünschen sich 30 Prozent der Befragten Netzwerkpartner mehr Austauschtreffen von Vereinen und Initiativen zum Thema Demokratieförderung auf regionaler Ebene. Insgesamt verfügt die Stadt Kempten neben der Teilnahme am Programm „Demokratie leben!“ über weitere politische Teilhabemechanismen, die das Potenzial zur Stärkung der örtlichen Demokratie aufweisen, darunter das Digitale Bürgerforum sowie den *„Kemptener Weg der Beteiligung junger Menschen“*, der speziell Jugendliche zur politischen Teilhabe motiviert. Darüber hinaus sind diverse weitere Teilhabemöglichkeiten vorstellbar, um Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen und Lebenslagen in die Stadtpolitik zu integrieren. Hybride Teilnahmeformate, die sowohl Online- als auch Präsenzpartizipation ermöglichen, eine Stadt-App, Kinderbetreuungsangebote bei Bürgerversammlungen und Barrierefreiheit stellen nur eine Auswahl dar.

In Kapitel 6 wurden aus den bisherigen Erkenntnissen ableitbare Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie aufgezeigt. Diese beziehen sich auf die Bereiche Transparenz, politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement sowie Formate der Bürgerbeteiligung und bieten damit Empfehlungen für die Koordinierungs- und Fachstelle von „Demokratie leben!“, für Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung sowie für in Kempten aktive Politikerinnen und Politiker. Unter anderem wird vorgeschlagen, Kommunikationswege zwischen Stadt und Bürgerschaft so zu verändern, dass möglichst viele Kemptenerinnen und Kemptener von aktuellen politischen Debatten erfahren und gegebenenfalls auch an diesen partizipieren können. Die vermehrte Nutzung von Sozialen Medien kann hierfür ein Baustein sein. Darüber hinaus werden eine Ausweitung politischer Bildung an Schulen, die Integration von bisher nicht im Demokratienetzwerk aktiven Vereinen in dieses, mehr Vernetzungstreffen und Fortbildungen im Bereich Demokratieförderung sowie die stärkere Einbindung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Erreichung von bisher unterrepräsentierten Zielgruppen empfohlen.

Zusammenfassend bleibt die Erkenntnis, dass Kempten in Zukunft eine starke, lokal verankerte Demokratieförderung braucht – sowohl im Rahmen von „Demokratie leben!“ als auch darüber hinaus. Deutschland steht aktuell vor weitreichenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, die Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft betreffen: Dazu zählen die Integration von Geflüchteten, die demografische Veränderung durch eine alternde Bevölkerung sowie die digitalen Transformationen, die neue Chancen, aber auch Risiken für Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe mit sich bringen. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Polarisierung, verstärkt durch Debatten über Klima-, Energie- und Sozialpolitik, zu⁹³. Dadurch wird der Zusammenhalt in der Demokratie auf die Probe gestellt. Gerade auf lokaler Ebene sind deshalb kooperative Lösungen, politische Bildung und bürgerschaftliches Engagement entscheidend, um den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken und demokratische Werte im Alltag erlebbar zu machen.

⁹³ <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.html>;
https://www.gim-sozialforschung.com/en/publikationen/gesellschaftlicher-zusammenhalt-und-polarisierung.html?utm_source=chatgpt.com

8. Anhang

Anhang A1: Fragebogen der Netzwirkbefragung

1. Einführungstext

Liebe Netzwerkpartnerinnen und -partner von Demokratie leben!,
liebe Vertreterinnen und Vertreter von Kemptner Vereinen und Initiativen,

vielen Dank, dass Sie an unserer Online-Befragung teilnehmen.
Wir möchten damit mehr von Ihren Erfahrungen und Projekten im Bereich der Demokratieförderung lernen. Die Ergebnisse werden Teil der Ist- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kempten. Die Hochschule Kempten wurde von der Stadt Kempten mit der Erstellung dieser Analyse beauftragt, welche im Rahmen der Umsetzung des Förderprogramms "Demokratie leben!" des BMBFSFJ durchgeführt wird.

Die Befragung ist anonym. Die Antworten werden auf dem hochschuleigenen Server bis zum Schluss der Auswertung gespeichert und anschließend gelöscht.

Sie brauchen für den Fragebogen circa 10 Minuten.
In dem Sie auf "Weiter" klicken und die Fragen beantworten, erklären Sie sich mit der Art der Verwendung Ihrer Antworten einverstanden.

Vielen Dank fürs Mitmachen!

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

MITEINANDER
KEMPTEN
GESTALTEN

2. Fragen zu Ihrer Organisation bzw. zu Ihrem Verein

- | | | | | |
|-----|--|--|---|---|
| 2.1 | Wie viele Projekte zur Demokratieförderung haben Sie bereits durchgeführt? | ☐ 1
☐ 4 | ☐ 2
☐ mehr als 4 | ☐ 3 |
| 2.2 | Und wie viele Projekte zur Demokratieförderung haben Sie durchgeführt, die im Rahmen von "Demokratie leben!" gefördert wurden? | ☐ 0
☐ 3 | ☐ 1
☐ 4 | ☐ 2
☐ mehr als 4 |
| 2.3 | Wie lässt sich Ihre Organisation beschreiben? | ☐ Öffentliche Verwaltung | ☐ Schule | ☐ Verein / zivilgesellschaftliche Organisation |
| | | ☐ Jugendorganisation | ☐ Sonstiges | |

3. Fragen zur Demokratieförderung innerhalb Ihrer Organisation bzw. Ihres Vereins

- | | | | | |
|-----|---|--|--|--|
| 3.1 | Welche Ziele verfolgte Ihr Projekt bzw. Ihre Projekte zur Demokratieförderung? (Mehrfachnennung möglich) | | | |
| | ☐ Mitbestimmung lernen und konkret erfahrbar machen | ☐ Selbstbewusstsein stärken, um politische Teilhabe möglich zu machen | ☐ Politisches Interesse wecken | |
| | ☐ Wissen über Demokratie verbreiten | ☐ Kulturelle Kompetenz schaffen | ☐ Diskriminierung verhindern | |
| | ☐ Rassismus verhindern | ☐ (Extremistische) Gewalt verhindern | ☐ Wissen zu Geschlechtervielfalt stärken | |
| | ☐ Sonstige Ziele | | | |
| 3.2 | Wie viele Kemptenerinnen und Kemptener waren an Ihren bisherigen Projekten zur Demokratieförderung insgesamt beteiligt? | ☐ 1-20
☐ 151-200 | ☐ 21-60
☐ 201-500 | ☐ 61-150
☐ mehr als 500 |

F3687UOP1PL0V0

15.07.2025, Seite 1/3

3. Fragen zur Demokratieförderung innerhalb Ihrer Organisation bzw. Ihres Vereins [Fortsetzung]

- 3.3 Wie lassen sich die Teilnehmenden Ihrer bisherigen Projekte beschreiben? (Mehrfachnennung möglich, v.a. auch, wenn bereits mehrere Projekte durchgeführt wurden)
- ☐ V.a. junge Menschen ☐ V.a. ältere Menschen ☐ V.a. Menschen mit geringem sozioökonomischen Status
- ☐ V.a. Menschen mit hohem sozioökonomischen Status ☐ V.a. Menschen mit Migrationshintergrund ☐ V.a. Menschen, die eine Tendenz zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit aufweisen
- ☐ V.a. Menschen, die mit der Demokratie aktuell unzufrieden sind ☐ Keine eindeutige Zuschreibung möglich
- 3.4 Haben Sie während der Projektumsetzung aufgrund der Projektziele Kritik erlebt oder sogar Gewalt (-androhungen)?
- ☐ Ja, Kritik ☐ Ja, Gewaltandrohungen ☐ Ja, tatsächliche Gewalt
- ☐ Nein
- 3.5 Als wie erfolgreich hinsichtlich Demokratieförderung haben Sie Ihr bisheriges Projekt bzw. Ihre bisherigen Projekte wahrgenommen?
- ☐ Sehr erfolgreich ☐ Erfolgreich ☐ Wenig erfolgreich
- ☐ Gar nicht erfolgreich ☐ Teils / teils (je nach Projekt)
- 3.6 Haben Sie bei den Teilnehmenden der bisherigen Projekte konkretes Feedback zum Projekt eingeholt?
- ☐ Ja ☐ Nein
- 3.7 Wenn ja, wie zufrieden waren die Teilnehmenden mit dem Projekt bzw. den Projekten?
- ☐ Sehr zufrieden ☐ Zufrieden ☐ Wenig zufrieden
- ☐ Nicht zufrieden ☐ Teils / teils (je nach Projekt)
- 3.8 Hätten Sie bei bisherigen Projekten zur Förderung von Demokratie gerne bestimmte Zielgruppen erreicht, die Sie nicht erreichen konnten? (Mehrfachnennung möglich)
- ☐ Ja, wir hätten gerne mehr junge Menschen erreicht ☐ Ja, wir hätten gerne mehr alte Menschen erreicht ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status erreicht
- ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen mit hohem sozioökonomischen Status erreicht ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen mit Migrationshintergrund erreicht ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen erreicht, die unzufrieden mit unserer Demokratie sind
- ☐ Ja, wir hätten gerne mehr Menschen erreicht, die bereits Tendenzen zu Rassismus, Extremismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit zeigen ☐ Nein, die, die wir erreichen wollten, haben wir erreicht
- 3.9 Was würden Sie sich in Zukunft wünschen, um Projekte zur Demokratieförderung weiterhin gut umsetzen zu können? (Mehrfachnennung möglich)
- ☐ Fortbildungen zum Thema Demokratieförderung ☐ Beratung zur konkreten Umsetzung von Demokratieförderprojekten ☐ Mehr Austauschtreffen von Vereinen und Initiativen zum Thema Demokratieförderung auf regionaler Ebene
- ☐ Austauschtreffen zum Thema Demokratieförderung auf überregionaler Ebene
- 3.10 Gibt es sonstige Anregungen, wie Sie als Organisation oder Verein bei der Umsetzung von demokratiefördernden Projekten von der Kommune oder sonstigen öffentlichen Stellen besser unterstützt werden könnten?

4. Fragen zur Demokratie in Kempten allgemein

- 4.1 Wie zufrieden sind die Kemptenerinnen und Kemptener mit der Demokratie vor Ort und darüber hinaus? Wie schätzen Sie dies gemäß Ihrer Erfahrungen ein?
- ☐ Sehr zufrieden ☐ Zufrieden ☐ Teils / teils
- ☐ Wenig zufrieden ☐ Gar nicht zufrieden ☐ Weiß nicht

4. Fragen zur Demokratie in Kempten allgemein [Fortsetzung]

- 4.2 Wie schätzen Sie die Demokratiezufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener im Vergleich zu anderen Bayerischen Kommunen und Landkreisen ein?
- ☐ Höher ☐ Gleich ☐ Niedriger
☐ Weiß nicht

Im Folgenden möchten wir erfahren, wie oft Ihnen die nachfolgenden Situationen **in Ihrem Engagement** im Austausch mit Kemptener Bürgerinnen und Bürgern begegnen?

- | | sehr oft | oft | manchmal | selten | nie |
|---|--|--|--|--------------------------|--------------------------|
| 4.3 Jemand äußert sich demokratiefeindlich, z.B., dass eine Diktatur die bessere Regierungsform sei. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.4 Jemand äußert sich fremdenfeindlich oder rassistisch. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.5 Jemand äußert sich frauenfeindlich. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.6 Jemand äußert sich queerfeindlich, z.B. feindlich gegenüber Homosexuellen. | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.7 Wenn Ihnen im Rahmen Ihres Engagements Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten begegnen, in welcher Form? | | | | | |
| ☐ Mündlich | ☐ Schriftlich (per Mail oder Brief) | | ☐ In Verbindung mit Drohungen | | |
| ☐ In Verbindung mit konkreten Handlungen (z.B. Schmierereien oder Sonstiges) | ☐ Kommt nicht vor | | | | |
| 4.8 Wie ist Ihre Einschätzung für die nächsten Jahre hinsichtlich der Zufriedenheit der Kemptner Bevölkerung mit der Demokratie? | ☐ Zufriedenheit wird mehr | ☐ Zufriedenheit bleibt gleich | ☐ Zufriedenheit wird weniger | | |
| 4.9 Welche aktuelle Entwicklung halten Sie für die größte Gefahr für unsere Demokratie? | | | | | |
| ☐ Erstarken populistischer Parteien | ☐ Einflussnahme aus dem Ausland | ☐ Relevanzzuwachs sozialer Medien | | | |
| ☐ Zunehmende Radikalisierung | ☐ Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft | ☐ Keine Gefahr | | | |
| 4.10 Welche sonstigen Entwicklungen halten Sie für eine große Gefahr für unsere Demokratie? | | | | | |

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Anhang A2: Fragebogen der Befragung Verwaltung & Politik

1. Einführungstext

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, Sozialarbeit oder Politik in Kempten,

vielen Dank, dass Sie an unserer Online-Befragung teilnehmen.

Man kann Ihre Position als Bindeglied zwischen Staat/Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern in Kempten wahrnehmen. Wir möchten mit dieser Befragung von Ihren Erfahrungen in dieser Position lernen. Insbesondere interessiert uns, wie Sie die Demokratiezufriedenheit der Kemptener Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen und wie Sie Ideen zur Stärkung der Demokratie bewerten. Die Ergebnisse werden Teil der Ist- und Ressourcenanalyse zum Stand der Demokratie und der Demokratieförderung in Kempten. Die Hochschule Kempten wurde von der Stadt Kempten mit der Erstellung dieser Analyse beauftragt, welche im Rahmen der Umsetzung des Förderprogramms "Demokratie leben!" des BMBFSFJ durchgeführt wird.

Die Befragung ist anonym. Die Antworten werden auf dem hochschuleigenen Server bis zum Schluss der Auswertung gespeichert und anschließend gelöscht.

Sie brauchen für den Fragebogen höchstens 5-10 Minuten.
In dem Sie auf "Weiter" klicken und die Fragen beantworten, erklären Sie sich mit der Art der Verwendung Ihrer Antworten einverstanden.

Vielen Dank fürs Mitmachen!

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

MITEINANDER
KEMPTEN
GESTALTEN

2. Fragen zu Ihrer Tätigkeit

- 2.1 Wie lässt sich Ihr Tätigkeitsfeld zuordnen?
- | | | |
|---|--|--|
| ☐ Beschäftigt in der Stadtverwaltung | ☐ Tätigkeit als Stadtrat / Stadträtin | ☐ Beschäftigt in der Sozialarbeit / Quartiersmanagement |
| ☐ Sonstige Tätigkeit | | |
- 2.2 Wie lange haben Sie diese Tätigkeit bereits inne?
- | | | |
|--|--|---|
| ☐ 0 bis unter 3 Jahre | ☐ 3 bis unter 5 Jahre | ☐ 5 bis unter 10 Jahre |
| ☐ mehr als 10 Jahre | | |

3. Fragen zur Wahrnehmung der Demokratiezufriedenheit von Kemptner Bürgerinnen und Bürger

- 3.1 Wie zufrieden sind die Kemptenerinnen und Kemptener mit der Demokratie vor Ort und darüber hinaus? Wie schätzen Sie dies gemäß Ihrer Erfahrungen ein?
- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Sehr zufrieden | ☐ Zufrieden | ☐ Teils / teils |
| ☐ Wenig zufrieden | ☐ Gar nicht zufrieden | ☐ Weiß nicht |
- 3.2 Wie schätzen Sie die Demokratiezufriedenheit der Kemptenerinnen und Kemptener im Vergleich zu anderen Bayerischen Kommunen und Landkreisen ein?
- | | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|------------------------------------|
| ☐ Höher | ☐ Gleich | ☐ Niedriger |
| ☐ Weiß nicht | | |

Im Folgenden möchten wir erfahren, wie oft Ihnen die nachfolgenden Situationen **in Ihrem Tätigkeitsfeld** im Austausch mit Kemptener Bürgerinnen und Bürgern begegnen?

3. Fragen zur Wahrnehmung der Demokratiezufriedenheit von Kemptner Bürgerinnen und Bürger [Fortsetzung]

	sehr oft	oft	manchmal	selten	nie
3.3 Jemand äußert sich demokratiefeindlich, z.B., dass eine Diktatur die bessere Regierungsform sei.	☐	☐	☐	☐	☐
3.4 Jemand äußert sich fremdenfeindlich oder rassistisch.	☐	☐	☐	☐	☐
3.5 Jemand äußert sich frauenfeindlich.	☐	☐	☐	☐	☐
3.6 Jemand äußert sich queerfeindlich, z.B. feindlich gegenüber Homosexuellen.	☐	☐	☐	☐	☐
3.7 Wenn Ihnen im Rahmen Ihrer Tätigkeit Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder diskriminierendes Verhalten begegnet, in welcher Form? (Mehrfachnennung möglich)					
☐ Mündlich	☐ Schriftlich (per Mail oder Brief)		☐ In Verbindung mit Drohungen		
☐ In Verbindung mit konkreten Handlungen (z.B. Schmierereien o. Sonstiges)	☐ Kommt nicht vor				
3.8 Wie ist Ihre Einschätzung für die nächsten Jahre hinsichtlich der Zufriedenheit der Kemptener Bevölkerung mit der Demokratie?	☐ Zufriedenheit wird mehr	☐ Zufriedenheit bleibt gleich	☐ Zufriedenheit wird weniger		

4. Fragen zur Stärkung der Demokratie

	sehr wichtig	wichtig	nicht so wichtig	gar nicht wichtig
4.1 Wie wichtig finden Sie es persönlich, die Demokratie in Kempten zu stärken?	☐	☐	☐	☐
4.2 Wie wichtig finden Sie es, dass Sie, innerhalb Ihres Tätigkeitsfelds in Kempten, Möglichkeiten der Demokratieförderung selbst nutzen (z.B. in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern)?	☐	☐	☐	☐

	sehr leicht	leicht	teils / teils	schwer	sehr schwer
4.3 Wenn Ihnen im Rahmen Ihrer Tätigkeit Demokratiefeindlichkeit, Extremismus oder Diskriminierung begegnet, wie leicht fällt es Ihnen darauf zu reagieren und die richtigen Worte zu finden?	☐	☐	☐	☐	☐

	ja, immer	ja, manchmal	teils / teils	nein, kaum	nein, nie
4.4 In Bezug auf die oben genannte Situation: Haben Sie das Gefühl, Sie können mit Ihren Worten etwas verändern?	☐	☐	☐	☐	☐
Wie schätzen Sie das Potenzial folgender Ideen ein, um die Demokratie in Kempten zu stärken ?					

	sehr gut	gut	teils / teils	schlecht	sehr schlecht
4.5 Projekte von Vereinen und sonstigen Initiativen zur Demokratieförderung	☐	☐	☐	☐	☐
4.6 Projekte von Schulen, Berufsschulen und Hochschulen zur Demokratieförderung	☐	☐	☐	☐	☐
4.7 Projekte der Stadt Kempten zur Demokratieförderung	☐	☐	☐	☐	☐

4. Fragen zur Stärkung der Demokratie [Fortsetzung]

- | | | | | | | |
|------|--|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 4.8 | Fortbildungen zum Thema "Wie reagiere ich auf Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung?" für Beschäftigte der Stadtverwaltung, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Stadträtinnen und -räte in Kempten | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.9 | Mehr Gelegenheiten für Bürgerinnen und Bürger zum direkten Dialog mit Politikerinnen und Politikern aus Kempten, u.a. mit Stadträtinnen und Stadträten | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.10 | Mehr Formate der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerdialoge, Stadtteilversammlungen u. Ähnliches) | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.11 | Verstärkte Aktivität der Stadtverwaltung auf Social-Media-Kanälen, z.B. Instagram oder TikTok | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.12 | Verstärkte Aktivität von Lokalpolitikerinnen und -politikern auf Social-Media-Kanälen, z.B. Instagram oder TikTok | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| 4.13 | Aktives Zugehen auf Kemptener Vereine und Organisationen, die bisher nicht in der Demokratieförderung aktiv sind und für ein Engagement im Bereich Demokratieförderung, Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung werben | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

4.14 Haben Sie sonstige Ideen, wie die Demokratie in Kempten gefördert werden kann?

4.15 Welche aktuelle Entwicklung halten Sie für die größte Gefahr für unsere Demokratie?

- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Erstarken populistischer Parteien | ☐ Einflussnahme aus dem Ausland | ☐ Relevanzzuwachs Sozialer Medien |
| ☐ Zunehmende Radikalisierung | ☐ Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft | ☐ Keine Gefahr |

4.16 Welche sonstigen Entwicklungen halten Sie für eine große Gefahr für die Demokratie?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Anhang A3: Ergebnisse aus dem Workshop vom Juni 2025 mit Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung sowie mit bisherigen Netzwerkpartnern von „Demokratie leben!“

Wie können Projekte der Demokratieförderung „inklusiv“ gestaltet werden? Wie erreiche ich „schwer erreichbare“ Einzelpersonen, Gruppen oder Vereine?



Zugang und Ansprache

Netzwerke, direkte Ansprache sowie aufsuchende Arbeit – sowohl analog als auch digital – sind wichtig, um schwer erreichbare Personen oder Gruppen gezielt einzubinden.



Beziehungsaufbau & Beteiligungskultur

Offenheit, gezieltes Marketing, ein angstfreier Raum und die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung schaffen Vertrauen und fördern nachhaltiges Engagement.



Bedarfsorientierte & niedrigschwellige Projekte

Eine Zielgruppenanalyse hilft, konkrete Bedürfnisse zu erfassen, während schnell realisierbare Pop-up-Projekte einen einfachen und direkten Einstieg ermöglichen.

Welche Ideen gibt es, um die Demokratie vor Ort zu stärken?



Politische Prozesse anpassen (Entschleunigung, um gesellschaftliche Entwicklungen besser zu begleiten).



Strukturen vor Ort ausbauen (Quartiersarbeit, Demokratie als Querschnittsaufgabe, schnelle Fördermöglichkeiten).



Politische Bildung und Jugendarbeit stärken (inkl. Medienpädagogik und Schulfach „Gefühle“).



Transparente Kommunikation und Verantwortungsteilung in politischen Entscheidungen fördern.



Begegnung- und Beteiligungsräume schaffen (z. B. Erzähl-Cafés, Bürgergespräche, mehr Wahlgelegenheiten).



Was brauchen Vereine und Initiativen für Erfolgreiche Demokratieförderung?

Haltung & Leitlinien



- Klare Haltung gegen Rechts
- Demokratisches Leitbild der Stadt

Vernetzung & Austausch



- Vernetzung
- Netzwerktreffen
- Datenbank
- Stadt-Support

Ressourcen & Austausch



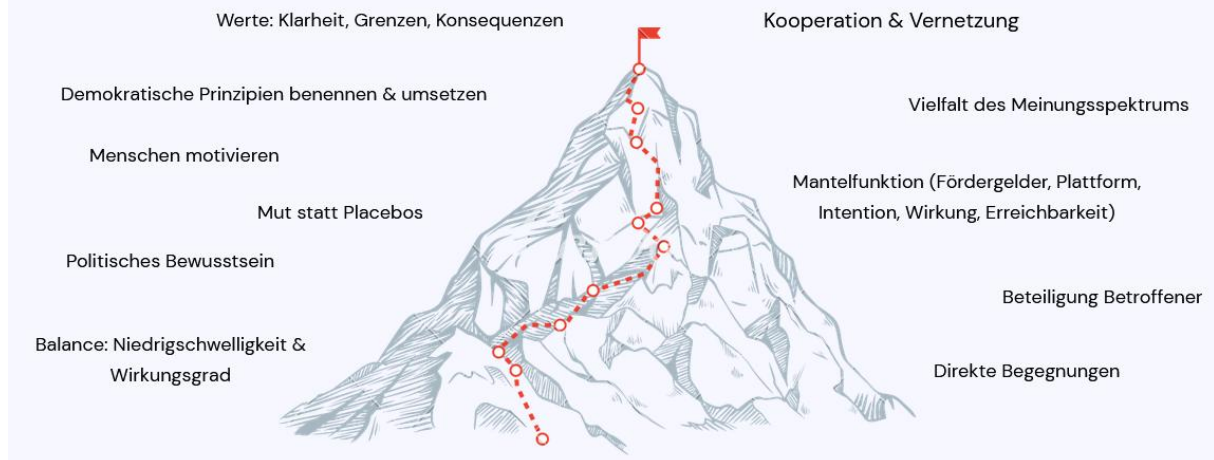
- Zugang zu Räumen
- Verlässliche Fördergelder
- Bürokratie abbauen
- Sicherheit im Ehrenamt gewährleisten

Engagement und Projektkultur



- Mehr Helfer gewinnen
- Projekte offen starten

Was zeichnet gute Projekte und kommunale Prozesse im Sinne der Demokratieförderung aus und wie lässt sich ihr Erfolg messen?



Hinweis: Die Inhalte dieser Abbildungen stammen von den Teilnehmenden des Workshops. Die Inhalte wurden von der Autorin des Berichts nicht wissenschaftlich geprüft.